

Erscheint täglich außer Montags... Abonnement-Preis für Berlin: Vierteljährlich 2,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wochentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage "Neue Welt" 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Einget. in der Post-Verwaltung-Preisliste für 1892 unter Nr. 4662.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Zeitungs- oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Ausführl. Amt VI. Nr. 4106.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Sonntag, den 6. Februar 1892.

Expedition: Benth-Strasse 3.

„Umschau verboten!“

Deutschland hat zweitausend „Verpflegungsstationen für unbemittelte Wanderer“, in welchen bekanntlich gegen eine gewisse Arbeitsleistung Obdach und Verpflegung gewährt wird. Gewöhnlich steht mit diesen „Verpflegungsstationen“ ein polizeilicher Arbeitsnachweis in Verbindung, weil man befürchtet, die Arbeitssuchenden möchten zugleich da oder dort um eine milde Gabe ansprechen. Auf den Tafeln an den Eingängen der Ortschaften, wo die Verpflegungsstation angegeben ist, heißt es dann auch: „Umschau verboten!“ Der mittellose Wanderer soll, wenn die Polizei keine weitere Beschäftigung für ihn weiß, schleunigst machen, daß er weiter kommt; mit anderen Worten: der Arbeitslose befindet sich auf diese Weise permanent auf dem Schuß, gleichviel ob er Reichsangehöriger ist oder nicht.

Auf den Zusammenkünften der Provinzialbehörden, wo über die Verpflegungsstationen verhandelt wird, weiß man denn immer auch rühmend hervorzuheben, daß durch die Stationen dem „Wanderbettel“ bedeutend gesteuert oder daß er ganz beseitigt worden ist. Das klingt wie Musik für die Ohren jener Spießbürger, denen es als die höchste Verdienstleistung erscheint, wenn ein armer unglücklicher Mensch an ihre Thüre klopft, und denen der Begriff „Bettler“ gleichbedeutend mit „Vagabund“ und „Tagedieb“ ist. Es giebt ohne Zweifel Bettler von Profession, aber sie sind verhältnismäßig gering an Zahl und ihre Existenz rechtfertigt nicht, daß man diejenigen, die keine Arbeit haben, aber gerne arbeiten möchten, als „Professionsbettler“ behandelt.

Daß außer den Arbeiterkolonien noch die gänzlich unzureichenden Verpflegungsstationen in solch' großer Anzahl bestehen und so sehr in Anspruch genommen werden, das sollte unseren „Besitzenden und Gebildeten“ denn doch etwas Anderes beibringen, als Bewunderung für die Polizei, die den „Wanderbettel“ abschafft. Wenn ein konservativer Abgeordneter jüngst noch gesagt hat, daß hungernde Arbeiter nur in Romanen vorkämen, so bedeutet die Einrichtung der Verpflegungsstationen, daß ein großer Teil unseres Volkes ständig draußen liegt, ohne Arbeit, ohne Brot, ohne Aussicht auf eine Besserung seiner Lage. Das tägliche Almosen, das ihnen die Bourgeoisgesellschaft giebt, wird deshalb mit einer Arbeitsleistung verbunden, weil merkwürdiger Weise man bei Niemandem als gerade bei den Kernsten und Unglücklichsten am meisten besorgt ist, sie möchten etwas umsonst bekommen, und weil dies als eine schwere Verjüngung gegen die Gesetze des heiligen Mammon angesehen wird. Denn dieser bestimmt, daß der Bösespieler und Wucherer, oder auch der Besitzer ererbten Reichthums sein Einkommen verzehren kann, ohne weiter das Geringste zu thun, und nach den Anschauungen der herrschenden Klassen hat der Müßiggang, den man bei dem gewöhnlich geschwächten, erschöpften oder sonst hinabgekommenen „Wanderbettler“ mit

allem Aufgebot bürgerlichen Moralitätsfanatismus verfolgt, für den Mann, der „in der Wahl seiner Eltern vorsichtig“ war, absolut nichts Herabwürdigendes.

Das Verbot der Umschau für den gänzlich Mittellosen kann aber auch übel wirken insofern, als die Polizei doch immer nur sehr mangelhaft über die Arbeitsverhältnisse unterrichtet sein kann. Wie Mancher würde vielleicht Arbeit finden, wenn er selber danach sehen könnte! Wie viele Arbeitgeber haben einen Widerwillen dagegen, sich Arbeiter von der Polizei senden zu lassen!

Die Angst, es möchte da und dort einmal, wenn die „Umschau“ nicht verboten wäre, ein Professionsbettler die Gelegenheit benutzen, einen wohlhabenden Mann um eine Gabe anzusprechen, dünkt uns wirklich unbegründet; denn wir denken human genug, daß wir sagen, lieber mögen zehn Professionsbettler da und dort einem reichen Mann fünf Pfennige abnehmen, als daß ein einziger Arbeitsloser durch die verbotene Umschau verhindert wird, Arbeit zu finden.

Diese Art, wie die bürgerliche Gesellschaft demjenigen entgentritt, der ihre kümmerlichen Unterhaltungen in Anspruch nimmt; die Verpflichtungen, die sie ihm auferlegt, auch wenn er unverschuldet in Noth gekommen ist, alles das beweist, daß der Geist der Humanität, wie wir ihn auffassen, noch weit davon entfernt ist, gerade da zum völligen Durchbruch zu gelangen, wo es am meisten notwendig wäre. Wir werden niemals der Faulheit und dem Müßiggang das Wort reden; wir bekämpfen diese Dinge, wo wir auf sie stoßen. Aber die Art, wie heute eingegriffen wird, kann unsere Billigung nicht finden.

Freilich kann man auch von der bürgerlichen Gesellschaft nicht erwarten, daß sie jemals eine glückliche Lösung der sogenannten Vagabundenfrage finden wird. Sie wird diese Beule mit sich am Leibe herumzuschleppen, so lange sie besteht, und alle polizeilichen Mittel werden das Geschwür dem Auge der „oberen Zehntausend“ auf die Dauer nicht verbergen können.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Februar.

Zu den Dingen, für welche es im gegangenen Deutschen Reich keine allgemein gültigen Normen giebt, gehört die Behandlung von ausländischen Personen, welche eines im Auslande begangenen politischen Verbrechens beschuldigt sind und deren Auslieferung verlangt wird. Bismarck machte 1884 den Versuch, mit Rußland einen Vertrag abzuschließen, der so reaktionär war, daß er im Reichstag nicht durchzubringen war. Was aber für das Reich unmöglich war, das geschah für Preußen und ebenso folgte Bayern diesen Spuren. Die Folge dieser Partikularverträge ist, daß in Bezug auf die Auslieferung von Ausländern die reine Willkür herrscht. Um diesen Zustand zu beseitigen, beantragte

Auf dieses hin ergriff Dr. Luz wieder das Wort, um nachzuweisen, daß man keinen fähigeren, schlagfertigeren, getreueren und unbestechlicheren Mann finden könne, als den Professor Birnemann, der sogar seine Professur zum Opfer gebracht, um auf der Seite der Freiheit stehen bleiben zu können, und auch künftighin jeder Zeit Alles zu opfern bereit sei für die Sache der Freiheit und des Fortschritts. Ungeheurer Beifall folgte diesem Vorschlag.

Dr. Benjamin aber sprang wüthend auf. Sein schwarzer Bart sträubte sich wie das Fell eines Stachelschweines und die dunklen Augen sprühten Feuer und Flamme.

„Ich bitte ums Wort“, rief er mit Donnerstimme dem Vorsitzenden zu.

Rollmann verlor darüber alle Fassung und blickte hilflos auf Dr. Benjamin. Dieser neigte sich zu ihm hin und flüsterte ihm ins Ohr:

„Erklären Sie, daß Sie den Vorsitz an mich abtreten.“

„Ich erkläre, daß ich den Vorsitz an Dr. Benjamin abtrete“, schrie Rollmann und ging erleichterten Herzens von seinem Pflze, auf dem alsbald der Advokat erschien.

„Ich habe zunächst Herrn Dr. Benjamin zu fragen, ob er für oder gegen den Antrag des Herrn Dr. Luz sprechen will.“

„Dagegen!“ donnerte Dr. Benjamin.

„Ich muß bemerken, daß vorerst noch ein Redner für den Vorschlag angemeldet ist. Inzwischen ist auch von unsern würdigen und verehrten Freunde und Mitkämpfer, Herrn Möbelfabrikanten Rollfuß, ein Antrag auf Schluß der Debatte eingelaufen, und habe ich zunächst zu fragen, ob dieser Antrag unterflügt wird.“

Müßelich erob die Hand, desgleichen die Schreiber,

Dr. von Bar die Vorlegung eines Gesetzes über die Auslieferung von verurtheilten und angeschuldigten Personen an auswärtige Regierungen. In diesem Antrage erblickten nun die Herren vom Zentrum und der Rechten das Gespenst des Unitarismus, wenigstens nahmen ihre Redner das Gespenst zum Vorwande dafür, um die zur Zeit auf diesem Gebiete herrschende reine Willkür auch für die Zukunft noch zu erhalten. Der Antragsteller Dr. Meyer und Bebel gingen dem kleinstaatlichen Zauber scharf zu Leibe, sodas der fattsame Blauener Ober-Staatsanwalt Dr. Hartmann den klassischen Ausspruch that: „Bebel sei ein wüthender Unitarier!“ Ob der Herr stark gefürchtet hatte?

Der Antrag auf Verweisung an eine Kommission mußte per Hammelsprung entschieden werden, wobei sich die Beschlusfähigkeit des Hauses ergab.

Die Frage der Soldatennisthandlungen ist, veranlaßt durch unsere Veröffentlichung des bekannten Erlasses des kommandirenden Generales des sächsischen Armeekorps, der Gegenstand der gestrigen Verhandlungen der Budgetkommission gewesen. Die Regierung hatte sich durch die allgemeine Empörung über die festgestellten Scheußlichkeiten gezwungen gesehen, selbst die Initiative zu ergreifen, um die öffentliche Meinung etwas zu beschwichtigen und zugleich von der richtigen Fährte abzulenken, wobei ihr dem selbstverständlichen das konservativ-ultramontane Partell nach Kräften behilflich gewesen ist. Zunächst hat der sächsische Militärbevollmächtigte die Authentizität des von uns veröffentlichten Schriftstückes voll und ganz zugeben müssen und daran die Erklärung gefügt, daß er die erwähnten Vorkommnisse aufs Schärfste mißbilligen müsse und dieselben auch in keiner Weise beschönigen wolle; verständigerweise unterließ er es, Herkunft und Beweggründe unserer Veröffentlichung nach konservativem Muster zu beschimpfen. Die daran sich anschließende Debatte beschäftigte sich eingehend mit den Ursachen, wie derartige Scheußlichkeiten, welche nach dem allseitigen Zugeständnisse keineswegs eine bloß sächsische Eigenthümlichkeit sind, trotz des entschiedensten Verbotes von Oben vorkommen können. Als solche Ursachen wurden von den verschiedenen Rednern angeführt: die Kastnerziehung eines Theiles der Offiziere und Unteroffiziere, die fehlende Entwicklung des Ehrbegriffes vor und während der Dienstzeit, die mangelnde Deffentlichkeit des Militärgerichtswesens, das illusorische Beschwerderecht, die ungeheure Uebertreibung des Disziplinarbegriffes, die übertriebenen Anforderungen, welche namentlich auch durch den Parade-Dienst an die Truppen gestellt werden u. a. m. Dem bekannten Herrn v. Frege und seinen Nachfolgern aus der konservativen und der ultramontanen Partei gelang es aber, die Debatte bald und zu einem großen Theil von dieser sachlichen Grundlage abzulenken. Der sächsische Agrarier behauptete nämlich, die Hauptschuld liege an der allgemeinen Verrohung und diese ihrerseits komme von dem Mangel an Religion; man solle diese in den Schulen, im öffentlichen Leben und auch in den

die Komiteemitglieder und mehrere Andere, die keinen Hausschlüssel mitgebracht hatten.

„Hinreichend unterstützt. Und nunmehr frage ich bei Ihnen, Herr Rollfuß, an, ob Sie Ihren Antrag auf Schluß der Debatte begründen wollen?“

„Allerdings will ich das“, schrie der würdige Möbelfabrikant laut vom Buffet und schwanzte der Tribüne zu: „Das versteht sich ja von selbst, das war ja vorher unter uns ausgemacht.“

Und ehe Raffmans noch recht von seinem Entschens zu sich gekommen, stand Rollfuß bereits neben ihm und vor dem erwartungsvollen Publikum.

„Unglücklicher! sehen Sie sich, Sie sind ja betrunken“, rief Raffmans grimmig.

„Was? ich? betrunken?“ schrie der Möbelfabrikant: „Meine Herren, ist das erlaubt, hier Jemanden betrunken zu nennen, der Verstand genug hat, auf Schluß der Debatte anzutragen?“

Dabei suchte er durch festes Anhalten an dem Rednerpult eine würdige Haltung zu gewinnen.

„Sie blamiren uns ganz abscheulich“, rief Raffmans wüthend, als er sah, daß die ganze Versammlung in ungeheure Heiterkeit ausbrach.

„Lassen Sie mich ausreden“, schrie aber Rollfuß dagegen mit einer Anstrengung, die sein Gesicht lischbraun anliefen ließ: „Warum fordern Sie mich erst auf, den Antrag zu begründen? Soll ich vielleicht meine Rede umsonst haben aufschreiben lassen?“

„Ausreden lassen! Ausreden lassen!“ erscholl es nun von allen Seiten.

„Meine Herren“, schrie der Möbelfabrikant, „Sie Alle wissen, daß der Erdball sich im Kreise dreht...“

Feuilleton.

Wachdruck verboten.

31

Am Webstuhl der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in 8 Büchern von A. Otto Walter.

Nachdem Dr. Luz auf diese Weise geendet hatte und sowohl von Rollmann, wie von Dr. Raffmans und den übrigen Komitee-Mitgliedern beglückwünscht worden war, wendete sich der Vorsitzende an die Versammlung und fragte, ob Jemand vielleicht das Wort begehre.

Es rührte sich Niemand, denn nach der glänzenden Rede des Berichterstatters herrschte ein ehrfurchtsvolles Schweigen, und Keiner getraute sich, einem so bedeutenden und wohlverdienten Vordredner nachzufolgen. — Dr. Benjamin aber sah wie eine lauernde Rahe zum Sprunge bereit.

Inzwischen meldete sich Professor Birnemann, der in Aussicht genommene Kandidat, ehrenhalber zum Worte, um einige Ausführungen des Dr. Luz breitzutreten. Auch ihm spendete das nicht mehr lachende Publikum vielfachen Beifall.

Dr. Raffmans trat alsdann wieder vor und zeigte auf die Nothwendigkeit hin, zum Vertheidiger des mit so viel Enthusiasmus aufgenommenen Programms einen wissenschaftlich gebildeten, energischen und schlagfertigen Abgeordneten zu wählen, worauf er die Versammlung aufforderte, geeignete Kandidaten in Vorschlag zu bringen.

Kasernen selbst kräftig fördern, dann werde alles gut werden. Graf Ballestrem machte gleich die Anwendung für seine Zwecke, indem er für die Soldatenmishandlungen den selbigen Kulturkampf verantwortlich machte. Den Vogel aber schloß der fromme Bingen ab, indem er meinte, durch die Religion müsse dem Volke der Gehorsam aus eigenem Antriebe beigebracht werden, indem es in jedem Borgesetzten den Stellvertreter Gottes auf Erden erkennen lerne. Die Soldatenmishandlungen unteroffiziere Stellvertreter Gottes! In diesem Wahnsinn liegt wenigstens System, wenn auch die Parteigenossen des „heiligen Josef von Nachen“ sich mit dieser letzten Konsequenz keineswegs einverstanden zeigen wollten. Das Ergebnis der Verhandlungen waren zwei Anträge. Der von Richter und Buhl eingebrachte verlangte als wesentliche Mittel zur Abhilfe Öffentlichkeit, Mündlichkeit und ständige Gerichte im Militärstrafverfahren, sowie Verbesserung des Beschwerdeweges; er wurde mit 10 Stimmen der Sozialisten, Freisinnigen und Nationalliberalen gegen 16 Stimmen der Konservativen und Ultramontanen, einschließend des Polen, abgelehnt. Mit demselben Stimmverhältnis wurde dagegen der nachfolgende Antrag Ballestrem-Hartmann angenommen:

1. Die Militär-Strafprozess-Ordnung baldigst einer Reform, namentlich in der Richtung einer größeren Öffentlichkeit des Verfahrens zu unterwerfen. 2. Die Bestimmungen über das Beschwerderecht der Militärpersonen namentlich in der Richtung einer Erleichterung dieses Beschwerderechts einer Revision zu unterziehen. 3. Auf die Pflege religiöser Sinnes unter den Angehörigen des Heeres, sowie im gesamteten Volksleben, insbesondere bei der Erziehung der Jugend thunlichst hinzuwirken.

Die Brüder vom neuen Kartell haben es also richtig fertig gebracht, die hochwichtige Frage der Soldatenmishandlungen nach Kräften zu verderben und als Vorspann für den preussischen Schulgesetzentwurf zu missbrauchen. Die Hauptverhandlung in der Sache wird erst im Reichstags-Plenum kommen, wo das ganze System, welchem die gerügten Dinge entspringen, eine grelle Beleuchtung erfahren wird.

Zum Erlaß des Prinzen Georg wird dem „Berliner Tageblatt“ aus Sachsen geschrieben:

Soweit sich die sächsische Bevölkerung um öffentliche Angelegenheiten kümmert, sieht sie seit einigen Tagen unter dem Einbrüche der Veröffentlichungen über die furchtbaren Soldatenmishandlungen in der sächsischen Armee. Bis in entlegene Dörfer ziehen diese Veröffentlichungen ihre Kreise, und man bespricht die durch sie bekannt gewordenen Thatsachen mit einer Erbitterung, die sonst dem sächsischen Charakter nicht eigen ist. Selbst die konservative Presse, die sonst Jeden heftig angefallen hat, der es wagte, nur leise von den hängenden Klagen über die hier in Betracht kommenden militärischen Zustände vor der Öffentlichkeit ein Wort verlauten zu lassen, findet heute kein Wort der Entschuldigung. Ja, sie ist selbst charaktervoll genug, die bekannte Verfügung des Prinzen Georg in die weitesten Kreise zu tragen. Das Verbleiben des konservativen sächsischen Bürgerthums, die „Dresdener Nachrichten“, wollen von zuverlässiger Seite die Echtheit der Verfügung des Prinzen Georg bestätigt erhalten haben. Unter ihrem Einbrüche machen heute auch die sächsischen Konservativen Stimmung für die Öffentlichkeit des Militär-Verfahrens und für eine Vereinfachung des militärischen Beschwerdeweges und Instanzenzuges. Die niederdrückende Wirkung der Aufsehen erregenden Enthüllungen wird nur durch die mit ihnen erlangte Gewißheit gemildert, daß unsere höchsten Militärbehörden gegen Soldatenschilder die nachdrücklichste Strenge angewendet wissen wollen.

Die „Leipziger Zeitung“, das sächsische Regierungsblatt, schweigt noch immer.

340 Millionen neue Schulden, wovon 160 Millionen auf das Reich, 180 Millionen auf Preußen fallen, sollen jetzt gemacht werden. Die zu diesem Zwecke ausgeschriebene Anleihe giebt die Schuldverschreibungen zu 88,60 für 100 M. verzinslich zu 8 pCt. Im Jahre 1890 konnten Preußen und das Reich noch dreiprozentige Anleihe-Obligationen zu 87 pCt. begeben; im vorigen Jahre folgte die Emission zu 84,40, und gegenwärtig erfolgt sie zu einem noch niedrigeren Kurse. Mit den zu schwindelnder Höhe empfindlichen Schulden wachsen selbstverständlich die vom Staate zu zahlenden Zinsen. Der Magen des Fiskus wird trotzdem nicht gesättigt, denn alles was in denselben hineinfällt, fließt ab in den Darm des Militarismus.

„Die große liberale Partei“ wird von den national-liberalen Windmüllern noch immer beleitartikelt, und noch

Bravo! Bravo! tönte es von mehreren Seiten, während Andere zu zischen begannen.

Die Unruhe nahm demnach zu, daß man kein Wort mehr verstehen konnte. Die Komitee-Mitglieder umringten den Möbelfabrikanten und brachten ihn, halb mit Güte und halb mit Gewalt, zu einer Hinterthüre hinaus.

Nach und nach erst legten sich die Wogen und das Lärmen soweit, daß die Glocke des Präsidenten wieder vernehmbar wurde.

„Meine Herren!“ begann Hoffmann mit ausnehmend feierlicher Tone: „Die vorgeladene Stunde, wie nicht minder die bebauerliche Störung, lassen gleichmäßig eine Vertagung der Verhandlungen wünschenswert erscheinen. Ich schließe deshalb die heutige Sitzung und bitte Sie, sich nächsten Sonntag zu einer anderweitigen Versammlung einzufinden, in welcher wir Zeit finden werden, auch die Ansichten etwaiger Gegner zu hören und streng zu prüfen. Für heute aber stimmen Sie mit mir ein in den Ruf: „Es lebe die Freiheit und der Fortschritt, sowie unser verehrter Kandidat, Herr Professor Birnemann! Er lebe hoch!“

„Hoch! hoch!“ erscholl es zurück, und die Versammlung ging ziemlich erregt auseinander.

Fünftehntes Kapitel.

Und immer noch eine Verschönerung.

So gern wir, und wahrscheinlich auch der geehrte Leser, von der ehrenwerthen Gesellschaft der Freunde von Freiheit und Fortschritt Abschied nehmen möchten, so sehen wir uns doch genöthigt, einem der Mitglieder derselben unsere Begleitung zu schenken.

Es ist diesmal Niemand Geringeres, als Herr Musselich, welcher dieselbe verlangt.

Während die Theilnehmer an der Versammlung sich langsam zerstreuten, die Komiteemitglieder noch eine Konferenz mit Dr. Benjamin und dann noch mit dem Professor Birnemann wegen des öffentlichen Berichtes über diese Versammlung abhielten, machte sich Herr Musselich von der lästigen Begleitung einiger Bekannten los und

immer blasen die national-liberalen Windfackeln mit aller Lungenkraft Wind in den großen zusammengelappten, flach wie ein Lumpenbündel am Boden liegenden Luftballon, genannt „die große liberale Partei“. Nun — der Wind ist da, die Windfackeln sind da, der Luftballon ist da, aber aufsteigen wird der Luftballon nimmermehr, und todt wird er am Boden liegen bleiben — ein jämmerliches Häuflein Lumpen.

Die Krone, die über den Parteien steht, wird auch am freiesten überblicken, wie und von wem in diesen 25 Jahren neudeutschen Schaffens allwege die nationale Idee harmonisch mit den praktischen Bedürfnissen der Zeit verbunden wurde; sie wird besser noch, als wir im Alltagsgetriebe, ermessen, wie und von wem allein diese Harmonie fernerrhin gepflegt werden kann; wenn sie dann entschlossener als sonst wohl in den Gang der öffentlichen Dinge eingreift, ist uns dies die Bestätigung, daß in der That ein nationales Interesse mit im Spiele ist.

So schreibt bereits die national-liberale „Börsen-Zeitung“ zum Volksschulgesez, nachdem der Kaiser mit Herrn v. Bennigsen unter vier Augen ein längeres Gespräch geführt hat. In diesem Byzantinismus versteigen sich dieselben Organe, die eben noch als die gewappneten Freiheitskämpfer sich gebahrten und mit Bismarck's Hilfe bereit waren, dem Kaiser und der Regierung die Spitze zu bieten. Und alles das macht aus den „Mannesjeden“ das Bischen Dof-lust, das Herrn v. Bennigsen um die Nase wischt hat.

Indessen toben noch etliche national-liberale Klänge wie der rasende Roland umher. Prof. Felix Dahn, obwohl „sehr friedlich gesonnen“, fordert die Gegner auf, ihn und die Liberalen nicht zu reizern, denn sonst könnten sie ihn kennen lernen. Er und seine Gesinnungsgenossen würden zu den Waffen greifen, wenn wirklich die „konfessionelle“ Behandlung der Wissenschaften auch außer der Religion auf staatlichen Volksschulen, „freien“ Volksschulen, „freien“ Mittelschulen, Gymnasien und Hochschulen uns auf das XVI. Jahrhundert zurückzuschleudern droht, so daß Franzosen, Engländer und alle Bildungsvölker uns verhöhnen.

Nur verteidigen werden wir uns: aber so nachdrucksam, wie Anno 70 die Deutschen im Wege der Verteidigung von Nemei über Sedan und Paris an den Kanal gelangt sind: dann wird sich zeigen — nicht wir wollen's dahin bringen! — ob die deutsche Bildung heute noch auf dem alten Testament, dem athenaischen Glaubensbekenntnis, Luther's Zeufels-glauben, Calvin's Gnadenwahl und Vorbestimmung, dem Tridentinischen Konzil, dem Syllabus und den beiden jüngsten Dogmen beruht, oder auf Lessing, Kant, Schiller, Goethe und Darwin (ja wohl, auch auf Darwin!). Aber lange bevor dieser Streit zu Ende wäre, würde der Sozialdemokrat jedes Ministerium, jede Kirche und alle Wissenschaft in den Roth äußerster Barbarei getreten haben. Darum wollen wir drüben und haben lieber die Schwerter in den Scheiden lassen; wir „Liberalen“ haben nicht an das Fest gegriffen.

Ja, Felix, steck' nur den Degen ein! Der Frieden ist schon besiegelt, nicht etwa aus Angst vor Deinen Waffen und denen Deiner Genossen, sondern diese sind schon zu Kreuz gekrochen. Du willst den Schild der Geistesfreiheit erheben — kriech' unter — wahrlich, in den Roth äußerster Barbarei würde sie versinken, wenn nicht die Sozialdemokratie die von Dir und Deinesgleichen seig ausgegebene Geistesfreiheit verteidigte!

Herr Felix Dahn sieht schon in Berlin sozialdemokratische Schulen wie Pilze aus der Erde schießen, und in ihren „freien“ Schulen werde dann die preussische Geschichte gewiß so vorgetragen werden, daß begeisterte preussische Unterthanen aus diesem Unterricht wohl kaum hervorgehen. Jedenfalls, Herr Dahn, wird die Geschichte nicht so sprech-leckerisch gefälscht werden, wie von Ihnen und Ihresgleichen. Und dieser Felix Dahn ist Professor und will ein Vertreter der Wissenschaft sein!

Die allgemein menschliche Moral, die es nach dem Kultusminister nicht geben soll, hat jetzt im Abgeordnetenhaus vom Ministerische aus wieder eine Anerkennung erhalten. Der Finanzminister brauchte zwar nicht den Ausdruck „Moral“, sondern sprach von dem „abstrakten ethischen Standpunkt“, der zum Verbote der Staats- und Privatlotterien führe. Da unser Staat nun aber nicht auf dem „ethischen“, sondern nur auf dem christlichen Standpunkt besteht, so wurde der Etat der Lotterieverwaltung im Abgeordnetenhaus mit großer Mehrheit angenommen.

eilte auf Umwegen nach demjenigen Theile der Stadt, der seinen alterthümlichen Charakter durch einen Fergarten von krummen, winkligen und engen Straßen und Gassen erkennen ließ.

Sobald er in dieser Gegend angelangt, knipst Musselich seinen „Pflüchtunter“ bis unter's Kinn zu, drückt den Hut tiefer ins Gesicht und schlüpft verstoßen an verschiedenen Lokalen vorbei, deren erleuchtete, von dünnen Gardinen verhängte Fenster nicht weniger zum Eintritt einladen, als der Klang von Harfen und Geigen, „saunt den liberalen Melodien gewisser Kouplets oder „Schnadehüpfeln“.

In einer der engsten und verborgenen dieser Straßen macht Musselich endlich Halt. Er muß die Häuser abzählen, da sein geschwächtes Auge weder mit, noch ohne Brille die Nummern der Häuser deutlich genug zu erkennen vermag.

Endlich hat er gefunden, was er sucht, und lauschend bleibt er an einem weniger erleuchteten oder dichter verhängten Fenster stehen. Harfenklänge ertönen trüben, und eine durchs Singen im Tabakcauch untergegangene, einstmals vielleicht silberhelle weibliche Stimme singt oder schreit vielmehr das einstmals vielgesungene, vielverspottete und doch unüberwältliche Lied:

Zieht im Herbst die Lerche fort,
Singt sie leis' Ade!

„Das ist „Die rothe Schenke“, murmelt Musselich, „hier müssen sie sein.“

Er knipst seinen Rock fester, zieht den Hut noch tiefer ins Gesicht und tappt durch die dunkle Gasse nach dem Eingange zu diesem Lokale.

Nach einigem Tapsen die Wand entlang entdeckt er endlich die Klinke, die sich ohne Weiteres ihrer Bestimmung fügte.

Eine dicke, vom Tabakqualm überreichlich geschwängerte Luft, verbunden mit Dünsten, die einem Joritat aus Kartoffeln ihr Dasein verdanken, quillt ihm entgegen und nimmt ihm den Athem.

Hier aber gilt kein Jögern; todesmüthig dringt er durch den Qualm, den das Volk „Feldwibel“ getauft hat,

Ueber den Stand der Liebknecht'schen Mandatsfrage (im sächsischen Landtag) sind von den Freunden des Herrn Mehnert falsche Nachrichten in Umlauf gesetzt worden, die auch in sonst anständige Blätter Eingang gefunden haben. Der Erlaß, mit welchem der sächsische Herr Finanzminister dem agrarisch-antisemitischen enfant terrible — in welchem Grade terrible, das ist vorläufig nur sehr Wenigen bekannt, wird aber bald allgemein bekannt sein — zu Hilfe zu kommen, sich verpflichtet hielt, beruht, gleich der Mehnert'schen Ausschneidung, auf der durchaus falschen Annahme, daß Liebknecht seinen Wohnsitz in Borsdorf gehabt und diesen Wohnsitz durch seine Uebersiedlung nach Charlottenburg aufgegeben habe. Der Wohnsitz Liebknecht's war aber und ist Leipzig, wo er im Jahre 1875 das Bürgerrecht erwarb. Durch die Ausweisung ist sein Bürgerrecht und sein Wohnsitz nicht berührt worden — Borsdorf war nur vorübergehender (und unfreiwilliger) Aufenthalt, vom dem Liebknecht am 29. Juni 1890, nach dem Erlöschen des Belagerungszustandes in Leipzig, in seinen Wohnsitz Leipzig zurückkehrte, wo seine Familie auch nach seiner Ausweisung stets gemohnt hatte.

Daß Liebknecht Leipziger Bürger ist, war merkwürdiger Weise dem sächsischen Finanzministerium unbekannt.

Jetzt setzt Herr Mehnert seine Hoffnung darauf, daß der Steuerbetrag Liebknecht's für das zweite Semester 1890 nicht bezahlt worden ist — eine Versäumnis, die jedoch weniger die Liebknecht's als der Leipziger Steuerbehörde war, welche am betreffenden Termin die Steuer nicht in der üblichen Weise einzog. Wenn deshalb, weil ein Steuertermin nicht genau eingehalten wird, einem Abgeordneten das Mandat abzukommen ist, dann hat sicherlich die Mehrheit der sächsischen Abgeordneten nicht das Recht, im Landtage zu sitzen. Uebrigens hat Liebknecht auch abgesehen von jenem zweiten Steuertermin beträchtlich mehr an Staatssteuer bezahlt als der sächsische Wählerbeitragenszusatz erheischt.

Im Laufe der nächsten Woche wird die Gesetzgebungs-Deputation (Kommission) der sächsischen Kammer sich mit der Sache beschäftigen. Dann wird es vielleicht auch aufgeklärt werden, wie der sächsische Herr Finanzminister dazu kam, den Verwaltungsapparat der Regierung zu Gunsten eines konservativen Partei-Antrages in Bewegung zu setzen, — und zwar noch ehe der Landtag zu diesem Antrag Stellung genommen, oder eine Aufforderung an die Regierung gerichtet hatte.

Jedenfalls ist diese Handlungsweise sehr bezeichnend für die Stellung der sächsischen Regierung zu den sächsischen Ultrareaktionären.

Warum gegen Baare Anklage erhoben werden muß? In dem zweiten Artikel, den Herr Fußangel unter dieser Ueberschrift in der „Westfälischen Volkszeitung“ veröffentlicht, führt er aus:

Es könne zugegeben werden, daß es möglich sei, einen Mann von so hervorragender Stellung wie Herr Baare auf Grund eines wenn auch noch so durchschlagenden Indizienbeweises unter Anklage zu stellen. Redakteur Fußangel habe deshalb vier einwandfreie Zeugen genannt, welche behauptet hätten, daß nicht allein verschiedene Ingenieure, sondern auch Baare selbst von den Stempelfälschungen und den sonstigen Mischgeschäften vollste Kenntniß gehabt. Diese Zeugen seien sämtlich vernommen worden. Von den Ergebnissen eines derselben, des Vorarbeiters Quantius, habe Fußangel am 10. Dezember ein Protokoll aufgenommen, dem wir folgendes entnehmen. Quantius hat seit 1874 als Vorarbeiter im Schienenlager unter den Meistern Crapol und Rosenbach L die bekannten Mischgeschäften bei der Schienenabnahme mitgemacht, die Stempelabdrücke in Blei genommen, die falschen Stempel bei den Graveuren Janßen und Gräfe durch Bestelzettel des Ingenieurs oder des Obermeisters in Auftrag gegeben, verworfene Schienen, Schwellen und Faschen mit falschen Stempeln gestempelt und verladen, die echten Stempelabdrücke beseitigt u. s. w. Quantius ist nach seiner Erklärung zu all' diesen Mischgeschäften von seinen Vorgesetzten, dem Obermeister Rosenbach und dem Ingenieur Bering, fortgesetzt angehalten worden. Insbesondere hat er letzteren stets auf dem Laufenden halten müssen, wie viel Schienen abgenommen und verworfen worden, wie viel zum Warmfließen geschickt, von wie vielen die Stempelabdrücke in der Nacht beseitigt wurden u. s. w. Als Vorarbeiter hatte er die falschen Stempel in einer eisernen Kiste aufzubehalten und zuweilen 100 derselben in Verwahrung. Sieben Monate hindurch hatte er keinen freien Sonntag mehr gehabt und weigerte sich endlich, die geschilderten Arbeiten auch ferner

und löst sich in der Nähe des Eingangs auf einem hölzernen Schemel nieder.

Die Gesellschaft, welche er nur mühsam wegen der schwachen Beleuchtung durch den dichten Nebel zu erkennen vermag, ist dermaßen im Anschauen des Liebes versunken, daß sie von seinem Eintreten nicht die geringste Notiz nimmt. Es scheinen überhaupt nur noch Wenige unter den Anwesenden für äußere Eindrücke empfänglich zu sein.

Der Sängerin gegenüber, welche ihre geschminkten Wangen mit sichtbarer Anstrengung ausbläst, sitzt ein junger Mann, dessen zusammengeschnundene Körperformen ihm kein langes Dasein mehr versprechen. Eine tiefe, fast trostlose Melancholie scheint aus den halb gläsernen Augen zu sprechen.

Höre noch von mir ein Wort,

Oh' ich von Dir geh!

tönt es von dem kleinen Musikstand. Denkt der junge Mann seines verlorenen Lebens, in welchem es nur von einem Faden abhing, ob es ein glückliches, der Menschheit nützlich werden sollte?

Mit der Sonne Wiederkehr

kehrt die Lerch' zurück!

tönt es weiter; aber er glaubt an keine Wiederkehr mehr, weder seiner Liebe, noch seiner Gesundheit und Lebenskraft. Mit einem gewissen Ausdruck des Glets blickt er auf eine äppige Frauenperson, die sich auf den Knien seines Nachbarn schaukelt.

Sie gehöret wohl auch zu den „Künstlerinnen“ dieses Lokals, aber jedenfalls nicht zu denen, die durch ihre Kunst zu wirken sich getrauen. Sie ist so recht eine Tochter des Stoffs, aus welchem zufällig auch Menschen entstehen. Die umfangreiche Brust, den breiten fleischigen Nacken und die dicken Arme läßt das schmutzige roth-saamtine Nieder tief entblößen, aber weder Form noch Farbe lassen in ihr ein Meisterstück der Schöpfung erblicken. Schmutzige Männerhände haben ihre Spuren auf dem Puder zurückgelassen, mit welchem sie diese Fleischformen weiß und glänzend erscheinen zu lassen bemüht gewesen war. Wer noch irgendwie einen Sinn für Schönheit in

Theater.
 Sonnabend, den 6. Februar.
Spernhaus. Berlin.
Schauspielhaus. Wohlthätige Frauen.
Deutsches Theater. Don Carlos.
Kessing-Theater. Fräulein Frau und
 Der letzte Sinn.
Berliner Theater. Esther. — Der
 Geizige.
Reviden-Theater. Rusotte, Vor-
 her: Mohobagar Violet.
Wallner-Theater. Lumpenkindel.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
 Das Sonntagskind.
Thomas-Theater. Köhlhölzchen.
Schallianer-Theater. Der Herr-
 gottschneider von Ammergau.
Ostend-Theater. Othello, der Mohr
 von Venedig.
Adolph Ernst - Theater. Der
 Kanonenkugeln.
Alexanderplatz-Theater. Berliner
 Pflaster.
Fernpalast. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spe-
 zialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spe-
 zialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vor-
 stellung.
Bonkordia-Palast-Theater. Spe-
 zialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-
 Vorstellung.

Circus Renz.
 Karlstraße.
 Sonnabend, 6. Februar 1892,
 Abends 7 1/4 Uhr:
 „Auf Helgoland“
 oder: Ebbe und Fluth.
 Große hydrologische Ausstattungs-
 Pantomime in 2 Abtheilungen mit
 National-Tänzen (60 Damen), Auf-
 zügen. Neue Einlage: Die Garde-
 Husaren, Escherkessen. Dampf-
 schiff- und Bootfahrten, Wasserfällen,
 Niesensfontänen mit allerlei Lichteffekten
 u. f. w., arrangirt und inszenirt vom
 Direktor E. Renz. Außerdem: 4 Ori-
 entalen, dargestellt von 4 Herren auf
 arab. Vollblut-Schulperden in Pracht-
 kostüm. Ellmar (Strichspringer), vor-
 geföhrt v. Frä. Oceana Renz. Fahnen-
 quadrille, geritten v. 16 Damen. Colmar,
 geritten von der Schutzeiterin Frä.
 Clotilde Hager. 4 Gebr. Briatore,
 Akrobaten. Sisters Lawrence am
 fliegenden Trapez. Auftreten der Par-
 forceriterin Mlle. Natalio, sowie des
 Saltomortalesreiters Mr. Adolf Del-
 bosch und des Jockeireiters Mr. Jules.
 Romische Entrees und Internozzo von
 sämtl. Klowns.
 Täglich: „Auf Helgoland“.
 Sonntag: Zwei Vorstellungen.
 Nachmittag 4 Uhr (1 Kind frei):
 „Fischenbrödel.“ (Ballet-Einlage:
 „Frühlingstreigen-Walzer.“)
 Abends 7 1/4 Uhr: „Auf Helgoland.“
 E. Renz, Direktor.

Dem Gastwirth **Frit Schneider**
 zum heutigen Tage ein donnerndes
 Hoch! (1901b) Ein täglicher Gast.
 Unserm Verführer und Genossen
Franz Lemm
 zu seinem Wiegenfeste ein dreimal
 donnerndes Hoch!
 Die Rothen aus der Köpnickstr. 54.
 Franz, wollen Viehhoch machen!

Todes-Anzeige.
 Allen lieben Bekannten, Freunden
 und Genossen die traurige Mit-
 theilung, daß meine innigstgeliebte
 Frau, unsere gute Mutter, Tochter,
 Schwester und Schwägerin,
Minna Peus
 geb. Leinow,
 nach fünfwöchentlichem schwerem
 Leiden an den Folgen einer Ent-
 bindung und im Gram über die
 über mich verhängte Unter-
 suchungshaft am Donnerstag, den
 4. d. M. im Alter von 82 Jahren
 gestorben ist.
 Um stille Theilnahme bitte
Heinrich Peus
 nebst Hinterbliebenen.
 Dessau, Magdeburg, Elberfeld.

Verband deutsch. Zimmerleute.
General-Versammlung
 am Sonntag, den 7. Februar, Vorm. 10 Uhr, im Lokale des
 Herrn Kummer, Berlinerstr. 136 in Rixdorf.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn Bringmann aus Hamburg über: Die
 Organisationsfrage und der bevorstehende Gewerkschaftskongress. 2. Diskussion.
 3. Abrechnung vom 4. Quartal 1891. 4. Verschiedenes.
 Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen bittet
 Der Vorstand.
 359/14

Achtung Maurer!
Ordentliche Mitglieder - Versammlung
 des Zentralverbandes deutscher Maurer u. verw. Berufsgenossen,
 Zahlstelle Berlin II,
 am Sonntag, den 7. Febr., Vorm. 10 1/2 Uhr, in Orschol's Salon, Sebastianstr. 39.
 Tagesordnung:
 1. Abrechnung vom 4. Quartal, Bericht der Revisoren.
 2. Rechenschaftsbericht über die Thätigkeit des Vorstandes.
 3. Neuwahl des gesammten Vorstandes.
 4. Verbandsangelegenheiten.
 Da die Tagesordnung eine wichtige ist, so ist es Pflicht eines jeden
 Mitgliedes, bestimmt und pünktlich zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimirt.
 381/15
 Die Lokalverwaltung.

Gratweil's che
Bierhallen.
 Kommandantenstr. 77-79.
 Heute sowie täglich:
 Auftreten der
Hamburger Gaudebrüder
 Konzert- und Komplettsänger.
 Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags
 6 Uhr. Entree: Wochentags 10 Pf.,
 Sonntags 25 Pf.
 Empfehle meinen berühmten Mittags-
 tisch à la Duval. 3 Kegelbahnen
 6 Billards, 2 Säle. 1189L

Circus G. Schumann.
 Friedrich-Harl-Platz, Ecke Karlstr.
 Heute Abend 7 1/2 Uhr: Große
 Gala-Vorstellung. Aus dem reich-
 haltigen Programm sind besonders her-
 vorzuheben: Zum 1. Male: Doppel-
 Vollgie, ausgeführt von den Damen
 Frä. Anna Pjöhlm und Helene
 Hertel. Der englische Jockey, dargest.
 von Miss Edith Adams. 2 Athleten
 zu Pferde, die Herren Max Schumann
 und Melas. Die flache Fahrschule
 mit 12 Schulpferden, geritten von
 3 Damen und 3 Herren. Amateur-
 Concurrenz-Reiten, 100 Mk. Prämie
 erhält Derjenige, welcher die Manege
 stehend zu Pferde dreimal im Galopp
 herumreitet. Potpourri mit 6 Pferden,
 Originaldressur des Herrn Ernst Schu-
 mann. Doppel-Sell von Miss Adele
 und Emmy Hodgkin. Romische Entrees
 sämtlicher Klowns u. c.
 Zum 11. Male: Berliner Leben.
**Große Wasser- und Feuer-Panto-
 mine** in 2 Abtheilungen mit 9 Bildern.
 Neues Schlusstableau: „Berolina im
 Feuer.“ Großes Wasser-Feuerwerk,
 ausgeführt von dem Kunstfeuerwerker
 Herrn Brandt. Neue Ballet-Einlagen
 und militärische Evolutionen u. c.
 Sonntag 2 Vorstellungen, Nach-
 mittags 3 1/2 Uhr (1 Kind frei) Circus
 unter Wasser. Eine länderliche Hochzeit.
 Abends 7 1/2 Uhr „Berliner Leben.“

Todes-Anzeige.
 Nach langen schweren Leiden ver-
 schied am Freitag, den 5. Febr.,
 früh 5 Uhr, unser innigstgeliebter
 Gatte und Vater, der Restaurateur
Ferdinand Moritz.
 Dies zeigt, um stille Theilnahme
 bittend, tiefbetrübt an 471M
 Die trauernde Gattin nebst Sohn.
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, den 7. Februar, Nach-
 mittags 3 1/2 Uhr, vom Trauer-
 hause, Mantuffelstr. 27 aus, statt.

Allen Freunden und Genossen
 die traurige Nachricht, daß meine
 vielgeliebte Frau
Emilie Gröppler
 am Donnerstag Nachm. 2 1/2 Uhr
 nach kurzem schwerem Leiden
 verstorben ist. Die Beerdigung
 findet Sonntag Nachmittag 8 Uhr
 von der königl. Charité nach dem
 Andreaskirchhof in Wilhelmsberg
 statt. Um zahlr. Theiln. bittet
 der tiefbetrübte Gatte
 1800b) Emil Gröppler.

Stabliement Buggenhagen
 am Moritzplatz.
 Täglich:
Unterhaltungsmusik.
 Direktion A. Ködman.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
 Spezial-Ausflucht von Pankow über
 Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 641 F. Müller.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle
 der Tischler u. s. w.
 Oertliche Verwaltung Berlin G.
Mitgliederversammlung
 Montag, den 8. Februar 1892, Abends
 8 1/2 Uhr, Andreasstr. 26, bei Pol-
 mann.
 Tagesordnung:
 1. Kasienbericht vom IV. Quartal.
 2. Verschiedene Kasienangelegenheiten.
 3. Mitgliedsbuch legitimirt.
 Das Erscheinen aller Mitglieder ist
 erwünscht.
 Gleichzeitig werden dieselben auf die
 am Sonntag, den 14. Februar, im
 Fernpalast, Burgstraße, stattfindende
 große Versammlung aufmerksam gemacht.
 Die Sprechstunden des Bevoll-
 mächtigten G. Röhm sind bis auf Weiteres
 nur Mittags bis 1 Uhr und Abends
 7 1/2-8 1/2 Uhr.
 Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.
 Allen Freunden und Genossen
 die traurige Nachricht, daß meine
 vielgeliebte Frau
Emilie Gröppler
 am Donnerstag Nachm. 2 1/2 Uhr
 nach kurzem schwerem Leiden
 verstorben ist. Die Beerdigung
 findet Sonntag Nachmittag 8 Uhr
 von der königl. Charité nach dem
 Andreaskirchhof in Wilhelmsberg
 statt. Um zahlr. Theiln. bittet
 der tiefbetrübte Gatte
 1800b) Emil Gröppler.

Castan's Panopticum
 Friedrichstr. 106a, Ecke Behrenstr.
Neu:
 Die fliegende
Geigen-Fee.
 Lebend, ohne Extra-Entree. Neueste
 musikalische Illusion. Vorstellungen:
 12 Uhr u. 1 Uhr. — 4, 5, 6, 7, 8 und
 9 Uhr Nachmittags.
 Kolossal-Gruppe: Bauern-Aufstand!
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.
 Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Ab.

Achtung! Ladierer!
Versammlung
 Montag, den 8. Februar, Abends
 8 1/2 Uhr, Blumenstr. 78, Ecke Alexander-
 straße.
 Tagesordnung: 1. Bericht des Dele-
 girten von der Generalversammlung zu
 Frankfurt a. M. 2. Diskussion. 3. Ver-
 schiedenes und Fragekasten.
 Zahlreiches Erscheinen erwünscht.
 208/12
 Der Einberufer.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle
 der Tischler u. s. w.
 Oertliche Verwaltung Berlin G.
Mitgliederversammlung
 Montag, den 8. Februar 1892, Abends
 8 1/2 Uhr, Andreasstr. 26, bei Pol-
 mann.
 Tagesordnung:
 1. Kasienbericht vom IV. Quartal.
 2. Verschiedene Kasienangelegenheiten.
 3. Mitgliedsbuch legitimirt.
 Das Erscheinen aller Mitglieder ist
 erwünscht.
 Gleichzeitig werden dieselben auf die
 am Sonntag, den 14. Februar, im
 Fernpalast, Burgstraße, stattfindende
 große Versammlung aufmerksam gemacht.
 Die Sprechstunden des Bevoll-
 mächtigten G. Röhm sind bis auf Weiteres
 nur Mittags bis 1 Uhr und Abends
 7 1/2-8 1/2 Uhr.
 Die Ortsverwaltung.

**Passage-
 Panopticum.**
 Lebensgroße
 Wachsguren und
 Gruppen, Dioramen,
 Sündfluth-Panorama
 mit Gewitter.
 Im Theater-Saal (ohne
 Extra-Entree): Täglich
 v. 6 Uhr ab Vorstellung
 von Spezial. I. Rang.
 Entree 50 Pf.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle
 der Tischler
 und anderer gewerbl. Arbeiter.
 Oertliche Verwaltungsstelle Berlin B.
Mitgliederversammlung
 am Sonntag, den 7. Februar 1892,
 Vormittags punkt 10 Uhr, im Saale
 Dresden-Garten, Dresden-
 straße 45.
 Tagesordnung: 1. Abrechnung vom
 IV. Quartal 1891. 2. Verschiedene
 Kasienangelegenheiten. — Mitgliedsbuch
 legitimirt. Um zahlreiches und pünkt-
 liches Erscheinen ersucht
 301/9
 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle
 der Tischler
 und anderer gewerbl. Arbeiter.
 (E. H. zu Hamburg.)
 Oertliche Verwaltung Berlin E.
Mitgliederversammlung
 am Sonntag, den 7. Februar 1892,
 Vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale des
 Herrn Wilke, Hochstr. 32a.
 Tagesordnung: 1. Abrechnung vom
 IV. Quartal 1891. 2. Wahl eines
 2. Schriftführers. 3. Verschiedene wichtige
 Kasienangelegenheiten.
 Mitgliedsbuch legitimirt. Um zahl-
 reiches Erscheinen ersucht
 1296b
 Die Ortsverwaltung. J. N. : P. Anders.

La belle Irene,
 die talowirte Amerikanerin in
**Präucher's anatomischem
 Museum**
 nur noch kurze Zeit Kommandantenstr.
 Täglich für erwachsene Herren.
 Dienstag und
 Freitag für
Damen.

**Fachverein
 der Steinmetzen.**
 Den Mitgliedern zur Kenntniß, daß
 unsere Monatsversammlung am 7. d. M.
 ausfällt, und wird dieselbe an einem
 noch näher zu bestimmenden Sonntage
 dieses Monats abgehalten werden.
 291/10
 Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle
 der Tischler u. s. w.
 (E. H. 3), Hamburg.
 Filiale Berlin D, Moabit.
Mitgl. - Versammlung
 Sonntag, den 7. Februar, Vormittags
 10 1/2 Uhr, im Viktorien-Saal, Berle-
 bergerstraße 13.
 Tagesordnung:
 1. Kasienbericht vom 4. Quartal 1891.
 2. Verschiedenes.
 Mitgliedsbuch legitimirt.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 303/8
 Die Ortsverwaltung.

C. Kramer's Restaurant
 Rixdorf, Herrmannstraße 140,
 neben den Kirchhöfen,
 früher Hasenhaide.
 Empf. sich allen Kirchhofsbesuch.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle
 der Tischler u. s. w.
 (E. H. 3), Hamburg.
 Filiale Berlin D, Moabit.
Mitgl. - Versammlung
 Sonntag, den 7. Februar, Vormittags
 10 1/2 Uhr, im Viktorien-Saal, Berle-
 bergerstraße 13.
 Tagesordnung:
 1. Kasienbericht vom 4. Quartal 1891.
 2. Verschiedenes.
 Mitgliedsbuch legitimirt.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 303/8
 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle
 der Tischler u. s. w.
 (E. H. 3), Hamburg.
 Filiale Berlin D, Moabit.
Mitgl. - Versammlung
 Sonntag, den 7. Februar, Vormittags
 10 1/2 Uhr, im Viktorien-Saal, Berle-
 bergerstraße 13.
 Tagesordnung:
 1. Kasienbericht vom 4. Quartal 1891.
 2. Verschiedenes.
 Mitgliedsbuch legitimirt.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 303/8
 Die Ortsverwaltung.

Wo speisen Sie?
 In der alt. pommer-
 schen Küche, Opa-
 nienstr. 181, Hof pl.
 bei Klein! Frühst.
 30 Pf., Mittagstisch
 mit Bier 50 Pf., Abendsisch von 30 bis
 50 Pf., nach Auswahl. 1896E
 Saal ist noch einige Sonntage zu ver-
 geben. Wisnacke, Alte Jakobstr. 83.
 Vereinszimmer m. Piano ist zu ver-
 bei Mühlbach, Oberbergerstr. 15.

Künstliche Zähne 2 Mark.
 Plomben von 1,50 M. an. Schmerz-
 loses Zahnziehen 1 M. Sprechstunden
 8-7 Uhr. Zahnarzt Robert Wolf,
 Chausseestr. 123, am Oranienb. Thor

Sinderwagen. Größtes Lager Berlins
 Jandrasstr. 23b, p.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle
 der Tischler u. s. w.
 (E. H. 3), Hamburg.
 Filiale Berlin D, Moabit.
Mitgl. - Versammlung
 Sonntag, den 7. Februar, Vormittags
 10 1/2 Uhr, im Viktorien-Saal, Berle-
 bergerstraße 13.
 Tagesordnung:
 1. Kasienbericht vom 4. Quartal 1891.
 2. Verschiedenes.
 Mitgliedsbuch legitimirt.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 303/8
 Die Ortsverwaltung.

Bitte um Adresse des Schmiedemasters,
 der mit im vor. Herbst 2 Paar Herren-
 Jagdstiefel mit Befehl verkauft hat.
 J. Kollisch, Markgrafstr. 28.
 Schließstelle, sep. Eingang, Reßpithal
 Oranienstraße 2a, Luergeb. 1 Tr.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle
 der Tischler u. s. w.
 (E. H. 3), Hamburg.
 Filiale Berlin D, Moabit.
Mitgl. - Versammlung
 Sonntag, den 7. Februar, Vormittags
 10 1/2 Uhr, im Viktorien-Saal, Berle-
 bergerstraße 13.
 Tagesordnung:
 1. Kasienbericht vom 4. Quartal 1891.
 2. Verschiedenes.
 Mitgliedsbuch legitimirt.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 303/8
 Die Ortsverwaltung.

L. Maschke, pratt. Zahnarzt,
 SW., Markgrafstr. 78, II. Unentgeltl.
 Behandlung 8-9, 5-6 1/2 Uhr. [1290b

Achtung, Töpfer!
 Auf dem Bau des Töpfermeisters Heinrich Steffen, Neue Jakob-
 straße 14, haben die Kollegen wegen Lohnhöhen teilweise die Arbeit
 niedergelegt.
 Montag, den 8. Februar, Abends 5 1/2 Uhr:
Mitglieder - Versammlung
 in Charlottenburg,
 „Bismarckhöhe“, Wilmersdorferstraße (Ecke Bismarckstraße).
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag. (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.)
 2. Verschiedenes. Neue Mitglieder werden aufgenommen.
 Speziell werden die Kollegen vom Westen ersucht, in dieser Versammlung
 zu erscheinen. 448,2
 Der Vorstand.

Achtung Former!
Deffentliche Versammlung
 am Sonntag, den 7. Februar, Vormittags 10 1/2 Uhr
 bei Müller, Johannisstr. 17.
 Tagesordnung: 1. Bericht des Vertrauensmannes.
 2. Diskussion.
 3. Verschiedenes.
 Die Kollegen, welche Marken mit mir abzurechnen haben, bitte ich,
 etwas früher dort zu erscheinen.
 Der Einberufer: W. Pachel.

Achtung! Rixdorf!
 Sonntag, den 7. Februar, Vormittags 10 1/2 Uhr:
Große öffentliche Volksversammlung
 im Lokale des Herrn Niesogk, Bergstraße Nr. 129.
 Tages-Ordnung:
 1. Die neue Landgemeinde-Ordnung. Referent Genosse Th. Metzner.
 2. Diskussion. 3. Mittheilung des Vertrauensmannes. — Alle Einwohner
 Rixdorfs sind hierzu eingeladen.
 426/15
 Der Vertrauensmann.

Freie Volksbühne.
 Die Februar-Vorstellung für die I. Abth. (rothe Karten) findet
 morgen Sonntag, den 7. Febr., Nachm. 2 Uhr im Bellealliance-Theater statt.
 Das Stück betitelt sich:
Eisgang.
 Modernes Schauspiel in 4 Akten von Max Gulbe.
 Dieselbe Aufführung findet statt:
 für die II. Abth. (grüne Karten) am Sonntag den 14. Febr.
 III. Abth. (braune Karten) 6. März.
 Das Ausloosen der Plätze beginnt wie bisher um 1 Uhr und wird
 10 Minuten nach 2 Uhr geschlossen.
 1311b
 Der Vorstand.

Jede Uhr
 zu repariren und reinigen kostet bei uns unter Garantie des Gut-
 gehens nur 1 Mk. 50 Pfg. (außer Bruch). Kleine Reparaturen
 billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Uhren, getragene
 Uhren von 5 M. an. Neue silb. Cylinder-Remontoirs, 6 Steine,
 von 14 M. an. do. 10 Steine, von 16 M. an, goldene Damen-Remontoirs,
 14-Karat Gold v. 24 M. an. Gold und Silber in gr. Auswahl zu Fabrikpreisen.
E. Rothert & Stolz, 1. Geschäft: Andreasstr. 62.
 2. Chausseestr. 78.
 3. Chausseestr. 34.
 Uhrmacher.

Die Beleidigung gegen den Schlosser
R. Krüger nehme ich hiermit zurück.
 1310b
J. Goldfuss.

Alle Uhren
 werden sauber und sorgfältig reparirt
 unter Garantie des Gutgehens für
1,50 Mark (außer Bruch) bei
W. Winkler,
 Berlin N., Reinickendorferstr. 2 g,
 gegenüber der Dankes-Kirche, 20L
 Lager aller Arten Uhren, Uhrketten

Ausverkauf
 v. Schuhen u. Stiefeln
 und 2 Spinden. (1299b
J. Roltsch, Markgrafstr. 70.

Brot billiger
 1 Pfd. aufgebaden 50 Pf., kräftig und
 nahrungsmittel, Bäckerei Prinzen-
 straße 10 und Gitschinerstr. 58. 1315b

Mehlhandlung.
 Hierfür billigt alle Sorten Vogel-
 futter: Ameisenfresser à Pfd. 1,40 M.,
 Mehlwürmer à Pfd. 4 M. Billig ff.
 Butter 1,20 M., Fett- und Mager-
 Speck 60 Pf., ff. Thier- u. Braunschweig.
 Fleischwaren, Eier à Mdl. 55 Pf.
M. W. Walter,
 1895L
 Zeughoffstr. 8.

Schuhe und Stiefel
 mit Kontrollmarke empfiehlt (1899L
C. Nitschke, Rantanten-Allee 86,
 Altes Geschäft, Obst-, Gemüse-,
 Mehl-, Backst., Holz- u. Kohlen-Gesch.
 mit Rolle Krankheits halber zu verk.
 Oppelnerstr. 11. 1285b

Schuhe und Stiefel
 mit Kontrollmarke empfiehlt
 1902b) **J. Schülke,** Päcklerstr. 14.

Rechts-Bureau
 des Königl. Richter's a. D., Alte Jakobstrasse 130.
 Gewissenhafter Rath, Hilfe in allen
 Angelegen. Unbemittelten unentgelt-
 lich. Sonntags bis 4 Uhr. [1356L

Vereinszimmer, 15 u. 50 Pers.
 saal zu vergeb. **Flak,** Simeonstr. 23.

Schlafst. f. 2 Herren u. Frau Kemp,
 Weddingstr. 1, 1 Tr. 1314b

Wir suchen einen tüchtigen Werk-
 führer. Schriftl. Off., enthaltend
 bißh. Thätigkeit und Gehaltsanfr.,
 erb. **Schulz & Hildebrandt,**
 Kunstschmiedewerkstatt, Chaussee-
 straße 28b. 98/4

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

164. Sitzung vom 5. Februar, 2 Uhr.

Am Tische des Bundesraths von Böttcher, Vosse.
Die zweite Berathung des Reichshaushalts-Etats für 1892/93 wird fortgesetzt beim Etat der Reichs-Justizverwaltung, der ohne Debatte genehmigt wird.

Zu dem Etat liegt eine Resolution der freisinnigen Partei vor, wonach die verbündeten Regierungen zur Vorlegung eines Gesetzentwurfes betr. die Auslieferung von verurtheilten und angeklagten Personen an auswärtige Regierungen aufgefordert werden sollen, in welchem:

1. Die Auslieferung, in Ansehung sowohl der Bewilligung der einzelnen Auslieferungen wie der Abschließung von Auslieferungsverträgen der ausschließlichen Zuständigkeit des Reichstags überwiegen.

2. Die Bewilligung der einzelnen Auslieferungen von der Mitwirkung der Gerichtshöfe abhängig gemacht wird, und

3. die Regierungen verpflichtet werden, die Aufhebung der von ihnen mit auswärtigen Regierungen abgeschlossenen besonderen Auslieferungsverträge herbeizuführen, unbeschadet jedoch derjenigen etwa bestehenden Verträge und vertragmäßigen Bestimmungen, welche die Reichshöfe in Grenzbezirken bezüglich der Feld-, Forst- und Jagdfreiheit betreffen.

U. g. v. Bar (Dfr.) begründet den Antrag. Sowohl in der Natur des deutschen Reiches als eines Rechtsstaates, wie auch in Konsequenz der politischen Einheit des Deutschen Reiches müsse der Abschluß von Auslieferungsverträgen Sache des Reiches werden. Zwischen dem Begriff der internationalen Auslieferung und der z. B. in Preußen noch bestehenden polizeilichen Ausweisung ohne Mitwirkung einer richterlichen Instanz bestehe eine Lücke, die dringend der Ausfüllung bedürfe. Sobald die Auslieferung nicht mehr als Polizeisache betrachtet werde, solle die Zuständigkeit der Einzelstaaten ins Ungewisse. Das Recht der Einzelstaaten zum Abschluß solcher Auslieferungsverträge bestohe zwar fort, aber nicht kraft der Reichsverfassung, sondern nur kraft Landesgesetzes. Auslieferungsverträge bedürften nach Art. 11, Absatz 3 der Verfassung auch der Zustimmung des Reichstages; in Preußen aber bedürften Verträge dieser Art der Zustimmung des Landtages nicht. 1884 habe Preußen und nach ihm Bayern einen solchen Auslieferungsvertrag mit Rußland geschlossen und damit sei die Kompetenz des Reiches unzweifelhaft umgangen worden. Der preussische Vertrag sei gar nicht einmal in der Gewerksammlung verhandelt. Rußland werde schwerlich etwas dagegen haben, wenn sämtliche Auslieferungsverträge der Einzelstaaten mit Rußland gekündigt und durch einen Vertrag des Reiches ersetzt würden. Hauptächlich aber komme es auf die Mitwirkung der Gerichte bei den Auslieferungen, auf den Reichstagsbescheid für die betreffenden Personen an; vor allem aus diesem Gesichtspunkte empfehle die Partei die Annahme der Resolution.

Staatssekretär Dr. Vosse: Wünsche oder Anregungen, die Frage der Auslieferungsverträge einheitlich durch das Reich zu regeln, sind bisher weder an das Reichs-Justizamt noch an das auswärtige Amt herangetreten. Die Materie sei so weitestgehend und schwierig und die Dringlichkeit ihrer Regelung um so weniger erwiesen, als die ausschließliche Zuständigkeit des Reiches für die Auslieferung und den Abschluß von Auslieferungsverträgen ev. eine Verfassungsänderung involviren würde. Vor wie nach der Gründung des Reiches sei die Bewilligung der Auslieferung Sache des Einzelstaates gewesen und nicht des Reiches. Das Verfahren bei der Auslieferung sei in den verschiedenen Staaten sehr verschieden. Es gebe ein rein gerichtliches, dann ein gemischtes und endlich, wie in Preußen und Frankreich, ein rein administratives System. Die Zuständigkeit des Reiches sei bis jetzt eine subsidiäre, die bei allen Staaten eintrete, die nicht, wie Preußen und Bayern, eigene diplomatische Vertretungen bei auswärtigen Mächten unterhielten. Der bisherige Zustand habe große praktische Vorzüge. Mit der Annahme des letzten Punktes der Resolution laufe man Gefahr, einen völlig vertragslosen Zustand eintreten zu lassen, ohne die geringste Garantie dafür, daß ein Vertrag von Reichswegen zu Stande käme. Deshalb sei der Antrag abzulehnen.

Abg. Hartmann (Df.) schließt sich diesen Ausführungen an und bittet gleichfalls um Ablehnung der Resolution.

Abg. Gröber (Z.) steht dagegen dem Antrag, soweit er eine Mitwirkung der Gerichte bezweckt, sympathisch gegenüber und gönnt den Ausländern diesen Rechtschutz um so lieber, als damit gleichzeitig eine Entlastung der Polizeibehörden herbeigeführt würde. Im Uebrigen aber enthalte der Antrag Vorschläge, welche eine doppelte Aenderung der Reichsverfassung notwendig um diese aufzuheben, sei eine Aenderung der Reichsverfassung notwendig. Die zur Mitwirkung berufenen Gerichte seien doch Landesgerichte; die Regelung der Auslieferungssache von Reichs- wegen unter Mitwirkung der Landesgerichte enthalte einen Angriff gegen die Justizhoheit der Einzelstaaten. Da sollte man doch lieber ein Gesetz machen, wonach alle Angelegenheiten der Einzelstaaten auf das Reich übergehen. (Abg. Vebel: Das wäre sehr gut!) Sie hören dieses „Sehr gut!“ der Sozialdemokraten, meine Herren von der freisinnigen Partei; Sie werden es uns jetzt um so weniger übel nehmen können, wenn wir diese Resolution verwerfen.

Abg. v. Güttingen (Rp.) verwahrt sich im Interesse der Reservatrechte der süddeutschen Staaten Bayern und Württemberg gegen den Antrag. Man müsse den wiederholten Versuchen der linken Seite, an diesen Rechten zu rütteln, wie das bezüglich der Post- und Militärhoheit derselben in den letzten Jahren mehrfach geschehen sei, energisch entgegenzutreten. Die Reichsverfassung sei nicht dazu gegeben, durch einfache Gesetze durchlocher oder umgangen zu werden. Die Liebe der Einzelstaaten zum Ganzen lasse auch nicht befürchten, daß ihrerseits Verträge abgeschlossen werden, welche dem Ganzen zum Nachtheil gereichen. In Württemberg hätten übrigens die Gerichte bei der Auslieferung mitzuwirken. Im Interesse der Zivilisation solle das Haus den Antrag ablehnen, denn alle Kulturstaaten hätten ein Interesse daran, daß Verbrecher für das von ihnen begangene Verbrechen auch bestraft würden. (Beifall rechts.)

Abg. v. Bar: Wenn gar keine Wünsche vorliegen, den gegenwärtigen Rechtszustand zu ändern, so mag das für den Augenblick richtig sein. Es können aber auch Zeiten kommen, wo eine Auslieferung zu einer höchst schwierigen Streitfrage wird. Der gegenwärtige Rechtszustand wird als ein bedauerlicher nicht mehr anerkannt, sondern bedarf einer Aenderung. Selbst in Oesterreich existirt bereits ein gerichtlicher Schutz, wir haben noch keinen. Von einem ungeheuren Eingriff in die Verfassung und die Rechte der Einzelstaaten kann ich hierbei beim besten Willen nichts wahrnehmen. Wenn auch der Antrag heute noch abgelehnt wird, es kommt die Zeit sehr bald, wo Sie diesen Antrag als notwendig selbst verlangen werden.

Abg. Vebel (Coz.): Der Abg. Hartmann hat sich gewundert, daß ihm „selbstverständlich“ entgegengerufen wurde: wir wissen aber von früheren Gelegenheiten her, daß der Abg. Hartmann sich sehr gern den Ausführungen vom Regierungstische her an-

schließt. Der Abg. Hartmann hat nun in seiner ganzen Rede nichts weiter ausgeführt, als daß solche Verträge einmal zweckmäßiger seien, wenn das Reich, das andere Mal die Einzelstaaten sie abschließen. Worin aber die Merkmale der Zweckmäßigkeit in jedem einzelnen Falle bestehen, hat er nicht gesagt. In der That haben wir schon Auslieferungsverträge, die das Reich, und andere, die die Einzelstaaten abgeschlossen haben. Als im Jahre 1874 der Vertrag mit Belgien abgeschlossen wurde, ist es Niemand aufgefallen, daß ein Eingriff in die Rechte der Einzelstaaten geschehen ist. Den Auslieferungsvertrag mit Rußland hat jedoch der Fürst Bismarck dem Reichstag nicht vorgelegt, nicht weil ihm Kompetenzbedenken aufstiehen, sondern weil er einsah, daß dieser Vertrag von dem Reichstag niemals angenommen worden wäre. Auch das Zentrum würde ihn nicht angenommen haben. Der Abg. v. Bar hat schon darauf hingewiesen, in welche Verlegenheiten und diplomatische Verwicklungen das Reich kommen könnte, wenn diese Materie nicht reichsgesetzlich geregelt wird. Nach der Verfassung hat das Reich, d. h. der Kaiser, in Vertretung nach außen alle Beziehungen zu den auswärtigen Staaten wahrzunehmen, darunter auch die Auslieferungsverträge. Der preussische Vertrag mit Rußland ist ein Unikum. Er ist nur zu Stande gekommen, weil Fürst Bismarck sich damals um jeden Preis die Freundschaft Rußlands sichern wollte. Auf Grund dieses Vertrages sollen politische Verbrecher ausgeliefert werden. Was man in Rußland unter „politisch“ versteht, ist zur Genüge bekannt. Es braucht z. B. nur ein Mann eine Schrift in Rußland zu verbreiten, die dort für staatsgefährlich angesehen wird, um die Auslieferung herbeizuführen und ihn womöglich nach Sibirien zu bringen. Dieser Vertrag ist seiner ganzen Art nach als barbarisch zu bezeichnen. Doch ein solcher Vertrag von uns hier im Reichstag nicht genehmigt werden würde, liegt außer allem Zweifel. Abg. v. Bar verlangt nun ganz mit Recht, daß eine einheitliche Regelung der Auslieferungssache stattfinden müsse. Man hat eingewendet, daß mit diesem Antrag in die Justizhoheit der Einzelstaaten eingegriffen würde. Die Herren vom Zentrum erkennen ja bei jeder Gelegenheit die Unantastbarkeit der Einzelstaaten an, in anderen Fällen handeln sie aber ganz anders, z. B. bei der Gewerbe-Ordnung in der Frage der Sonntagsarbeit, wie Bestimmungen angenommen wurden, die dem Rechte der Einzelstaaten näher traten. Das Verlangen des Antrags ist also vollständig einwandfrei; denn der Antragsteller hat ja selbst gesagt, daß er die Autorität der Einzelstaaten nicht in Frage stellen will. Es wird sich also nur darum handeln, daß dasjenige Landgericht, in dessen Bezirk Terjenige wohnt, dessen Auslieferung verlangt wird, zu entscheiden hat über die Frage, ob dem Verlangen auf Auslieferung stattgegeben werden soll oder nicht, also auch das Landgericht zu Plauen, bei dem der Kollege Hartmann ist. Er wird also in der Lage sein, seinen Einfluß geltend zu machen. (Abg. Hartmann: Warum sind Sie denn so schlecht auf mich zu sprechen?) Warum soll ich denn auf Sie gut zu sprechen sein? Was Sie uns Böses zufügen konnten, haben Sie gethan. — Ich bitte den Antrag anzunehmen; er beseitigt einen Zustand, der unendlich ist.

Abg. Meyer (Berlin, Dfr.): Der Antrag ist durch Herrn Gröber auf ein so hohes Piedestal gestellt worden, daß man ihn in seiner Bedeutung und seinem Umfange nicht mehr zu übersehen vermag. Nach Herrn Gröber sollte man glauben, es handelte sich hier um die Frage zwischen Unitarismus und Partikularismus. Diese Frage ist seit 25 Jahren von unserer Tagesordnung abgesetzt. Auch ich habe einst mit meinen Freunden für den deutschen Einheitsstaat geschwärmt, aber damals waren wir blond, jetzt sind wir grau, und das hat die Sachlage erheblich geändert. Den Zustand der Machtbegrenzung zwischen Reich und Einzelstaaten akzeptiren wir wohl oder übel als zunächst unvermeidbar. Auf dem Gebiete des praktischen Lebens ist diese Grenze aber zu verändern und dafür haben Sie uns die besten Beispiele an die Hand gegeben. Die exekutive Gewalt wird in den Händen der Partikularstaaten bleiben, die Gesetzgebung wird untermlich ihre Grenzlinie herausziehen, wie in den letzten 25 Jahren ununterbrochen geschehen. Was in der Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung geschehen ist, ist eine solche Herausziehung. Reichs-Verkehrsamt u. s. w. sind einschneidende Eingriffe in die Partikular-Gesetzgebung, gegen die auch die hier besonders berufenen Hüter der Rechte der Einzelstaaten nichts einzuwenden haben. Wir stimmen für die Resolution, weil sie praktisch nützlich ist. Das Ausland soll, wenn es Rechtsansprüche gegen uns erhebt, stets wissen, daß es einem einigen Deutschen Reich gegenübersteht. (Beifall.) Dazu kommt, daß es mehr als bedenklich ist, einen Menschen einem fremden Richter auszuantworten, ehe ein deutscher Reichs- oder Partikularrichter darüber zu Gericht gesessen hat, ob der Mann etwas begangen hat, was einem Verbrechen ähnlich sieht. (Beifall links.)

Abg. Jann (nat.): Warum soll es nicht durchführbar sein, daß das Reich den Abschluß von Auslieferungsverträgen in die Hand nimmt, daß die Auslieferungsangelegenheiten in die Hände der Gerichte übergehen? Mit diesen beiden Punkten bin ich einverstanden. Ob aber die Kündigung und Aufhebung der Partikularverträge so einfach sich machen wird, ist eher zweifelhaft. Wir würden übrigens gern sehen, wenn die Angelegenheit einer Kommission überwiesen würde. Wir halten die Sache für sehr wichtig und bitten Sie deshalb, eine Kommission niederzusetzen.

Abg. Hartmann hält eine Kommissionsberathung für entbehrlich, weil die Tendenz des Antrages von der Mehrheit des Hauses doch zurückgewiesen werden würde. Eine Verschlebung der Grenze zwischen Reichs- und Landeskonferenz hat immer zur Voraussetzung, daß die zu treffende Maßregel gut und zweckmäßig sei; das kann ich aber in dem Antrage nicht finden, denn ich außerdem als einem unitarischen Widerstrebe. Dem Einzelstaat stehe ohne weiteres das Recht der Ausweisung nicht zu, davor schütze schon das Strafrecht.

Abg. v. Bar: Theoretisch ist letzteres richtig, praktisch aber könnten solche Fälle doch vorkommen, denn man könnte sich in den Staaten über die Eigenschaft des Betreffenden als eines Deutschen im Irrthum befinden und dann wäre das Unglück geschehen. Ich trete in allen Punkten den Ausführungen des Abg. Meyer bei.

Abg. Spahn (Z.): Wir können dem Antrage auf Kommissionsberathung nicht bestimmen. Wir verwerfen die Tendenz des Antrags und halten ihn im Einzelnen auch nicht für geeignet, die Grundlage einer fruchtbaren Kommissionsberathung zu bilden. Im Weiteren weist Redner den Angriff des Abg. Meyer auf die partikularistischen Tendenzen des Zentrums als unbegründet zurück.

Die Abstimmung über den Antrag Jann auf Verweisung des Antrages an eine Kommission bleibt zweifelhaft. Die Auszahlung ergibt die Anwesenheit von nur 169 Mitgliedern, während zur Beschlußfähigkeit 199 Mitglieder gebören. Von den Anwesenden stimmen 88 für, 81 gegen die Verweisung an eine Kommission. Die Berathungen müssen abgebrochen werden. Schluß 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Sonntag 2 Uhr. (Etat des Reichsamts des Innern.)

Abgeordnetenhaus.

12. Sitzung vom 5. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertische: Riquel, v. Heyden und zahlreiche Kommissarien.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Berathung des Staatshaushalts-Etats für 1892/93.

Der Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten enthält eine Mehrforderung von 6000 M. Zulage für den Gesandten in Stuttgart. Die Budgetkommission beantragt, diese 6000 M. als künftig wegfällig zu bezeichnen.

Geheimer Legationsrath Humbert weist darauf hin, daß die Verhältnisse in Stuttgart sich sehr erheblich verändert hätten; die Gehälter der Gesandten anderer Staaten seien sehr erheblich höher als das des preussischen.

Abg. Graf Limburg-Sturum (L.): Dadurch, daß die 6000 M. als künftig wegfällig bewilligt werden, kommen wir der Regierung schon erheblich entgegen, denn sonst würde für die höheren Beamten wohl nicht ein Groschen mehr bewilligt werden. Wenn in Stuttgart das Gehalt erhöht wird, so müssen wir demnächst auch in Dresden und Karlsruhe die Gehälter erhöhen.

Der Antrag der Budgetkommission wird angenommen; ebenso die übrigen Titel dieses Etats ohne Debatte.

Im Etat des Finanzministeriums sind zu Umbauten in den königlichen Theatergebäuden zu Berlin 500 000 M. als einmalige Ausgabe angesetzt. Die Budgetkommission beantragt, diese Summe zu bewilligen, zu den im feuerpolizeilichen Interesse notwendigen Umbauten in den königlichen Theatergebäuden zu Berlin.

Die Bewilligung erfolgt in dieser Weise.

Beim Etat der Domänenverwaltung, und zwar bei der Einnahme aus Domänen weist

Abg. Zeer (nat.) darauf hin, daß die Neuverpachtungen in den drei östlichen Provinzen: Ost- und Westpreußen und Posen unter 20 M. per Hektar ergeben haben. Im Namen des Vereins der Domänenpächter der Provinz Posen bittet Redner den Minister, in Erwägung zu ziehen, ob nicht beim Abzug des alten Pächters der neue Pächter veranlaßt werden kann, die Gebäude zu einem angemessenen Preise zu übernehmen. Das Inventar kann der alte Pächter leicht verkaufen; die Gebäude aber, die er nicht mitnehmen kann, nimmt ihm der neue Pächter nur zu sehr geringem Preise ab.

Minister von Heyden: Der abziehende Pächter ist allerdings ungünstig gestellt, aber die Verwaltung glaubt dem neu einziehenden Pächter die Verpflichtung zur Uebernahme der Gebäude nicht auferlegen zu sollen. Aber es ist der Weg eingeschlagen, daß diese Gebäude von der Domänenverwaltung erworben werden, wenn sie für den Betrieb der Landwirtschaft notwendig sind. Außerdem soll den Domänenpächtern, wenn sie ihre Verpflichtungen erfüllt haben, gestattet werden, ihr Inventar schon vor dem Ablauf der Pachtperiode zu entfernen.

Abg. von Meyer-Knawalde: Aus der Nachweisung der Neuverpachtung der Domänen geht hervor, daß für den Osten ein erheblicher Rückgang festzustellen ist; das liegt hauptsächlich in dem Rückgang der Schäferereien, ein Wollzoll kann hier vielleicht eher helfen, als der Getreidezoll für den Getreidebau.

Abg. Gerlich (L.) bittet den Minister seine Aufmerksamkeit auf die kriminelle Bestrafung des Kontraktbruchs zu richten, durch welchen namentlich die kleine Landwirtschaft geschädigt wird.

Abg. Stengel (L.): Auch in Sachsen sind die Pachtpreise erheblich heruntergegangen, weil die neue Zuckersteuer die Verhältnisse vollständig umgeändert hat. Die hohen Pachtpreise in Sachsen waren ein Antheil der Domänenverwaltung an den Zuckerprämien, der mit der Prämie in Wegfall gekommen ist.

Abg. Humann (Z.): Die Ermäßigung der Getreidezölle auf 3,50 M. wird die Landwirtschaft nicht ruiniren; ja ich bin der Meinung, daß die Landwirtschaft bei den hohen Preisen einen Schutzoll überhaupt nicht braucht (Hört! links). Die Verhältnisse beweisen aber auch das Sprichwort: Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt! Aber es ist immer noch bedenklich, daß die Verschuldung des Grundbesitzes zugenommen hat. Daneben ist der kleine Mann geschädigt worden durch das Sinken der Schweinepreise. In Bezug auf die Löhne kann die Landwirtschaft mit der Industrie nicht konkurriren. Daber kommt der Zug der Arbeiter zur Stadt, deren ungebundenes Bedeu sie anregt. Ich habe in einer Versammlung des westfälischen Bauernvereins gesagt: Man solle nicht die Löhne zu schwarz malen, da ja die Grund- und Gebäudesteuer als Staatssteuer beseitigt werden würde. Hätte ich damals schon den Schlussparagrafen des Volksschul-Gesetzes gekannt, so hätte ich anders gesprochen. Ich konnte aber nicht annehmen, daß ein vor kaum einem Jahre erlassenes Gesetz schon wieder geändert werden würde. Ich glaube, daß diese Vorschrift bei der ländlichen Bevölkerung große Anzuerkennung erregen wird.

Auf eine Frage des Abg. Lotichius erklärt der Minister v. Heyden, daß die Domänenverwaltung gern das Schloß Eberbach in gutem Stand halten würde, wenn sie die Alleinverfügung darüber hätte.

Abg. Lieber (Z.) empfiehlt dem Minister die Fürsorge für das Bad Nieder-Selters, dessen Abfall zurückgegangen sei; vielleicht empfehle sich die Uebergabe des Betriebes in die Hand eines kaufmännischen Sachverständigen.

Minister v. Heyden: Die Frage der Verpachtung wird jetzt untersucht, ich bin aber zweifelhaft, ob ich dazu kommen werde, weil die Verwaltung auf andere Interessen Rücksicht zu nehmen hat. Die Preise der Krüge für Selterswasser sind etwas herabgesetzt, weil die Krügebäder an die Privatkonzurrenten zu billigerem Preise liefern.

Die Abgg. Schaffner (nat.) und Lotichius empfehlen die Verbesserung der Bade-Einrichtungen in Gms.

Minister v. Heyden erklärt, daß er die Anregung einer Prüfung unterziehen werde; ein Bedürfnis für die Neu-einrichtung der Badegelegenheiten hat sich bisher nicht herausgestellt.

Die einzelnen Positionen des Etats werden ohne Aenderung genehmigt.

Beim Etat der Forstverwaltung empfiehlt

Abg. v. Niffelmann (Konf.) die Verbesserung der Gehälter der Forsträthe, die jetzt ein niedrigeres Anfangsgehalt haben als die übrigen Regierungsräthe.

Minister v. Heyden wird die Anregung in Erwägung ziehen.

Abg. v. Meyer-Knawalde bedauert, daß der Fonds zum Ankauf von Grundstücken zu den Forsten, der früher 5 Millionen Mark betragen habe, jetzt schon seit Jahren auf 1 050 000 M. herabgesetzt und trotz aller Versprechungen noch nicht wieder erhöht worden ist.

Minister v. Heyden: Der Fonds hat nur vorübergehend in einem Jahre die Höhe von 5 Millionen Mark erreicht; wenn jetzt eine höhere Summe nicht gefordert wird, so liegt das in den allgemeinen Finanzverhältnissen und auch darin, daß der Staat noch nicht alle angelaufenen Plätze ausgefüllt hat.

Abg. Gerlich: Nicht bloß die allgemeine Finanzlage ist eine schlechte, sondern die Lage der Landwirthe im Allgemeinen, die deshalb nicht mehr im Stande sind, aufzuforsten. So wird

alles Holz heruntergeschlagen, ohne daß Ersatz geschaffen wird. Der Staat sollte helfend eintreten. Namentlich verdient der Holzproduzirende Osten Berücksichtigung.

Der Etat der Forstverwaltung wird genehmigt, ebenso ohne Debatte die Ausgabe des Kapitels: Rente des Kronforstkommiss. Fonds, der Zuschuß zu dieser Rente, ferner der Etat der Zentralverwaltung der Domänen und Forsten, der Erlös aus Ablassungen von Domänengebältern.

Bei dem letzten Kapitel fragte Abg. Dr. Zattler, ob die Regierung schon den Gedanken näher getreten sei, den Domänenbesitz des Staates vom Westen nach dem Osten zu verlegen. Dazu müßte allerdings die Gesetzesbestimmung aus der Welt geschafft werden, wonach die Verkaufserlöse für Domänen der alten Provinzen in den Staatskassen zur Schuldentilgung fließen.

Minister von Seyden: Die Regierung ist mit ähnlichen Arbeiten im Osten so stark beschäftigt, daß sie neue Arbeiten dieser Art nicht übernehmen kann. Es wird aber bei jeder Neuverpachtung von Domänen erwogen, ob es zweckmäßig ist, den Besitz zu erhalten oder ihn zu veräußern oder ihn zu anderen Dingen zu verwenden. Wenn man den ganzen Domänenbesitz im Westen verkaufen will, so muß man dafür einen geeigneten Zeitpunkt abpassen.

Beim Etat der Landwirtschaftlichen Verwaltung befragt

Abg. Gauerer (nll.): Die Anstellungsverhältnisse der Bureaubeamten der Generalkommissionen, die zwar etwas verbessert seien durch Vermehrung der etatsmäßigen Stellen, indessen müßten diese Beamten immer noch zu lange auf die feste Anstellung warten.

Abg. Wied (Zentr.) empfiehlt die Verbesserung der Lage der Vermessungsbeamten.

Geheimer Ober-Regierungsrath Sternberg weist darauf hin, daß schon im vorigen Jahre eine solche Ausbesserung angefangen habe.

Abg. Seyffardt (nall.) weist beim Kapitel „Förderung der Fischerei“ darauf hin, daß der mit Holland geschlossene Vertrag wegen des Schutzes der Wanderschiffe, namentlich des Lachses, seinen Zweck vollständig verfehlt habe, da die Holländer denselben tagtäglich verletzen und eine förmliche Raubfischerei treiben, so daß man daran denken müsse, ob überhaupt eine Erneuerung des auf 10 Jahre geschlossenen, demnächst ablaufenden Vertrages sich empfehle.

Minister v. Seyden: Die Vertretung der deutschen Fischereiereserventen liegt beim Reiche. Vor der Anwendung des Wortes Raubfischerei möchte ich doch warnen, bei der Fischerei haben die Anwohner der Mündung immer mehr Vortheile als die des oberen Laufes.

Abg. Lehren (kon.) spricht seine Befriedigung aus über die Neuansstellung von Wiesensaameister, welche die Wasserwirtschaft im Interesse der Landwirtschaft leiten sollen. Es würde aber bedauerlich sein, wenn diese Wiesensaameister mit ihren Kollegen aus dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten, welche für die Schiffahrt zu sorgen haben, in Konflikte kommen. Das Ministerium soll sich jetzt mit der Schaffung einer Wasserbaubehörde befassen haben. Ich wünsche, daß in diese Wasserbaubehörde nicht nur Techniker, sondern auch Landwirthe berufen werden, welche Kenntnis von den Wasser-Verhältnissen des betreffenden Stromgebietes haben.

Minister v. Seyden: Das das Ministerium sich mit der Frage der Einrichtung einer Wasserbaubehörde beschäftigt hat, ist richtig; ich kann aber darüber jetzt noch keine Auskunft geben. Es ist festgesetzt, daß wir in der Erforschung unserer Ströme noch nicht so weit gekommen sind, wie es dringend notwendig wäre. Ein Gesetz über das Wasserrecht wird ausgearbeitet und wohl im Laufe dieses Jahres fertig gestellt werden.

Abg. v. Schaffha (Z.) empfiehlt für den Bau des Oberkanals die Heranziehung der Arbeitskräfte nicht aus der nächsten Nähe, sondern aus weiterer Entfernung; die Wasserbauarbeiter müßten dahin mit Anweisungen versehen werden. Denn durch die hohen Löhne, welche dabei gezahlt werden, werden die Landwirthe ihrer Arbeiter beraubt. Man sollte bei der Bemessung der Löhne auch nicht allzu hoch gehen.

Abg. Knebel (nll.) dankt der Regierung für die Erhöhung des Fonds zur Ausführung des Gesetzes betreffend Schutz- und Waldgenossenschaften von 100 000 auf 150 000 M.; er hoffe, daß auch bald eine Revision des Gesetzes über die Schutzwaldungen vorgenommen werde. Infolge von Gemeinheitsteilungen sind vielfach Waldungen zerstückelt und der Verwüstung anheimgegeben worden; dagegen könne man vielleicht nur durch Zwangsgenossenschaft auskommen.

Bei den Ausgaben zur Förderung des Obst- und Weinbaues weist Abg. Knebel darauf hin, daß jetzt am Rhein große Neulanterbe entdeckt sind; auffallend sei es, daß die Winger dagegen überhaupt nichts thun, obgleich dadurch der ganze Weinbau Deutschlands bedroht wird. Die Winger kennen die Gefahr nicht, welche in Frankreich und Ungarn schon eine große Anzahl von Wingern brotlos gemacht, ja an den Vettelstab gebracht hat. Die Winger sollten durch die Regierung auf diese Gefahr aufmerksam gemacht werden. Landbesitzer müßten die Vorschriften über den Verkehr mit Nebenprodukten als bisher gehandhabt oder sogar verschärft werden.

Minister v. Seyden: Seitens der Aufsichtsorgane wird mit aller Energie verfahren. Die speziellen Anregungen werden von der Regierung mit Aufmerksamkeit geprüft werden. Im übrigen kann ich feststellen, daß die Situation bezüglich der Neblausinfektion nicht schlimmer geworden ist. Die Winger wollen von der Angelegenheit nichts wissen.

Abg. Lottichius glaubt, daß bei Fortsetzung des bisher eingeschlagenen Verfahrens die Neblausgefahr bald beseitigt sein werde.

Bei den Ausgaben für landwirtschaftlich-polizeiliche Zwecke empfiehlt

Abg. Frigen - Vorken (Z.) die gesetzliche Regelung der Entschädigung für durch Mißbrand vernichtetes Vieh.

Minister v. Seyden erklärt, daß eine derartige Vorlage heute an das Herrenhaus abgeht.

Die ordentlichen Ausgaben des Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung werden bewilligt. Unter den einmaligen Ausgaben sind zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft im Ostpreußen 200 000 M. gefordert.

Abg. Knebel erklärt, daß die Beschränkung dieser Arbeiten auf die Eifel in den anderen Gebirgsgegenden Unzufriedenheit hervorgehen habe. Es ist bedenklich, für die Leute Arbeiten aus Staatsmitteln herzustellen, ohne daß sie auch an eigener Kraft etwas leisten. Die Beteiligten wollen nicht einmal die Unterhaltung der geschaffenen Anlage übernehmen. Redner entwickelt dann einen Plan, wie die Dinge anders gemacht werden könnten.

Minister von Seyden: Der Plan des Vortragenden würde die Ausfüllung des ganzen Fonds zur Folge haben. Ich habe mich überzeugt, daß die Gelder im Einverständnis mit der Provinz, die ihrerseits 100 000 Mark jährlich zur Verfügung stellt, durchaus zweckmäßig verwendet werden. Ein Wohlthätigkeitsfonds soll allerdings nicht geschaffen werden; die Beteiligten sollen auch das ihrige zur Verbesserung ihrer Lage beitragen.

Abg. Brämann (Zentr.) weist darauf hin, daß die Eifelgebiete sich in einem so großen Nothstand befinden, daß die Staatsbehörden durchaus nöthig gewesen seien. Wenn die Staatshilfe in absehbarer Zeit einmal aufhöre, dann werde die Provinz immer noch weiter leiden müssen.

Abg. Frigen - Vorken (Z.) bestätigt, daß die Staatshilfe notwendig sei; man sucht auch jetzt die Beteiligten zu Beiträgen heranzuziehen, sobald man wohl allmählich wieder die Leute zur Selbstständigkeit bringen wird. Wenn der Fonds vergrößert werden könnte, dann könnte man ihn auch für andere Gebirgsgegenden verwenden, z. B. für den Westerwald, wo die Verhältnisse auch schlecht liegen.

Bei der einmaligen Ausgabe für den Süd-Nordkanal im linksrheinischen Nothgebiet schlägt

Abg. Dünnelberg vor, den Dortmund-Emskanal so zu führen, daß die Unterems kanalisiert würde, und daß der Kanal nicht auf dem rechten Ufer der Ems geführt werde, wo er gar keinen Nutzen für die Landwirtschaft hätte. Die Kanalnutzung der Ems werde dagegen einen großen Landstrich bewässern und wieder fruchtbar machen. Dadurch würde auch die Kanalfahrt der Emsmoore gefördert werden.

Die einmaligen Ausgaben des Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung werden genehmigt.

Der Etat der Verwaltung wird in allen seinen Theilen ohne Debatte genehmigt.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend, 11 Uhr: Erste Lesung des Gesetzes, betr. die Polizeikosten und Fortsetzung der zweiten Berathung des Etats.

Tokales.

Die Frau unseres Genossen Wend ist gestern Abend ihren Leiden im Krankenhaus zu Dessau erlegen. Das tragische Geschick der jungen Frau, der man es nicht gehalten hatte, daß ihr Mann in ihrer letzten Stunde an ihrem Sterbelager weilt, erzählt die ganze Tiefe christlicher Liebe und Barmherzigkeit, von denen man uns an allen Orten und zu allen Zeiten versichert, daß sie die Grundlagen unseres Staatswesens seien. Der Mann von seinem Weibe gerissen, in der qualvollen Ungewißheit einer harten Untersuchungshaft — das Weib in Todeszuckungen in einem Krankenhaus: wenn für spätere Jahrhunderte nichts als dieses Bild aus unserer Zeit gerettet würde, wahrlich, unsere Tage wären genügend gekennzeichnet.

Der Verbliebenen wollte man ihren Mann selbst für ihre letzten Augenblicke nicht geben. Die Staatsanwaltschaft in Magdeburg hielt es sogar für notwendig, auf wiederholte Gesuche der Frau Wend und unter Anberstung jeder beliebigen Kaution abschlägig antworten zu sollen und, obwohl die junge Frau auf ihre schwere Stunde wiederholt aufmerksam machte, die Verweigerung der Freilassung damit motivieren zu müssen, daß die voraussichtlich außerordentlich hohe Strafe, welche den Genossen Wend erwarde, die Entlassung des Gefangenen zur Unmöglichkeit mache. Inwiefern diese staatsanwaltlichen Erlasse auf den Zustand der kranken Frau einwirkten, müssen wir dahingestellt sein lassen.

In New-York starb am 7. Januar der Weber Karl Becker im Alter von 51 Jahren. Derselbe war Anfangs der 70er Jahre verantwortlicher Redakteur des „Neuen Sozialdemokraten“ und hat in dieser Eigenschaft mehrere, zum Theil längere Gefängnisstrafen verbüßen müssen. Im Jahre 1887 wurde er aus Berlin ausgewiesen, worauf er sich nach Amerika begab. Am 1. Oktober 1890 kam er von dort zurück, reiste aber im Sommer 1891 wieder nach Amerika. Da er dort als Weber auch keine Arbeit erhielt, handelte er mit sozialistischen Schriften und während der Ausübung dieser Thätigkeit wurde er auf der Strafe vom Herzschlag getroffen. Am 10. Januar ist seine Leiche dem Pöbel-Pond Crematorium zur Feuerbestattung übergeben worden. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei und die Sozialdemokratische Liedertafel gaben ihm das Ehrengeleit. Alle älteren Berliner Genossen werden sich seiner erinnern und in ihm einen ehemals tapferen Genossen betrauern. Ehre seinem Andenken.

Noch etwas von der „unparteiischen“ Presse. Wir erhalten folgende Zuschrift: Sie haben dieser Tage von der Hand eines Arbeiters aus der „Täglichen Rundschau“ den Beweis erbracht, wie dieses sogenannte „unparteiische“ Blatt sofort Partei ergreift, sobald es sich darum handelt, den Arbeitern ein auszuweichen zu können. Ich kann Ihnen heute noch einen Beitrag zu diesem Thema liefern. In derselben Nummer dieser „Täglichen Rundschau“, in welcher der von Ihnen gegebene Artikel enthalten war, befand sich noch ein Aufsatz, welcher ebenfalls verdient, niedriger gehalten zu werden. Derselbe ist, um ihn den Lesern recht ansprechend zu machen, im „Berliner Dialekt“ mit „id“ und „det“ und „wat“ geschrieben. Es wird da in dieser „humoristischen“ Form geschildert, welche Angst ein armer Teufel von Proletarier hat überstehen müssen, als er in einem Holzschuppen nächtigen wollte und von zwei großen Nachthunden angefallen wurde. Ich meine, das ist doch wahrlich Nichts, was man als „Witz“ betrachten und „bearbeiten“ kann. Es ist doch traurig genug, daß der arme Kerl durch die Noth gezwungen war, Nachts in einem Holzschuppen zu kriechen, nur um nicht auf der Straße liegen zu müssen.

Doch ich will Ihnen eine Probe geben von der Art und Weise, wie dieses leider allnächtliche Vorkommnis dargestellt wird, damit die wohlgenährte Bourgeoisie etwas zum Lachen hat. Auf einer Bank am Belle-Alliance-Platz treffen sich zwei „Strolche“. Natürlich müssen das Strolche sein, denn sie haben keine Wohnung und auch kein Nachtlager, und außerdem hat der Eine die verpönte Schnapsflasche bei sich, die er auch seinem „Kollegen“ reicht. Jetzt beginnt das Gespräch. Der Ältere bedauert den Jüngeren, weil dessen Vater „eingelockt“ worden ist und framt nun allerdings gute Rathschläge an. Schließlich meint er, daß sich sein „Kollege“ ja nicht in einem Polshof „zur Ruhe begeben“ solle, denn lieber „u'n Fabrikshornstein“ oder „u'n Flaggensack inschlammern“. Er habe in solchem Holzschuppe letzte Nacht Todesangst ausgedauert. Als er vorüberging, habe er einen großen schwarzen Hund gesehen, da dieser aber ganz ruhig gelegen habe, habe er geglaubt, der Köter sei angelockt. Das beruhigt den „Strolch“, er kramt über den Zaun und will in einem Holzschuppen schlafen, „det liegt sich da so wunder-schön“.

Dieser Holzschuppen mit seinem „wunder-schönen“ Lager ist also die einzige Sehnsucht dieses Proletariats, der vielleicht seit Monaten in keinem Bett mehr schlafen konnte. Im Schuppen findet er ein paar Säde und leitet bis unter's Dach, wo er sich in die Säde „inummeln“ will. Plötzlich hört er Hundegebell und sieht einen der Hofhunde auf sich losstürzen. Voller Angst vor dem wütenden Thier, dem er schüchtern preisgegeben ist, dreht er eine der Bohlen herum, läßt das eine Ende zur Erde sinken und rückt bis auf die Mitte, wo er sich festhält. Schon glaubt er sich gerettet, weil der Hund auf der glatten Bohle nicht hinunter kann, da „mit einmal geht der Teufel unten ooch los“ und det rückt da so niederträchtig an meine Bohle, det id denke, se schmeißt um. Aee, denke id, ehe de Dir von die Wiesers dobtbeissen läßt, lieber kennen zwölf Nachtsbeißer lieber Dir kommen. Ja lange also an zu schreiben Dille, Feuer und Jott wese wat noch, u de beiden Wieder besten immer diller un't war ten Heidenradau. Nu kamen denn ooch de beiden Hofhändler an und meenten, id sollte runter-rutschen. „Aee“, rief id in meine Todesangst, „nich um ne Million, erst bindet de Wieseher an.“ Die Hofhändler hatten denn auch Mitleid mit dem vor Angst halb todtten Menschen und legten die Hunde fest. Dann troch derselbe bis auf den Boden und nun wollten die Wächter ihn „erst noch ordentlich vertobacken, aber wie mit der Gene anlickte, da sagt er: „Na, wir woll'n man loopen lassen, der schwicht ja zoch vor Angst.“ Se haben mir denn een paar Kagenköpfe hrieben un mir raus-jeschmissen.“

Man denke sich diese Situation: Der arme Kerl kramert sich kramphast an der Bohle fest, unten und oben ein bißcher großer Hund, bereit, den Menschen zu zerfleischen, sobald ihn seine Kräfte verlassen und er zu Boden fällt. Ist es da ein Wunder, wenn die Todesangst den Schweiß auf die Stirn des Mannes getrieben hat, der sich nichts Schlimmeres hatte zu Schulden kommen lassen, als für ein paar Stunden in dem Holzschuppen vor Kälte und Nässe gesichert sein zu wollen. Dieses Verbrechen wird entdect und die Wächter lassen noch große Gnade vor Recht ergehen, indem sie den Odbachlosen nur wieder hinauswerfen.

Ist es nicht schändlich, wenn die Todesangst des obdachlosen Proletariats von dem „unparteiischen“ Blatte dazu gebracht wird, den Lesern eine „wichtige Geschichte“ aufzutischen? Ich bin fest überzeugt, mit dem „Witz“ des Artikelverfassers ist es vorbei, sobald diesem Tintenfals ein auch nur annähernd so trauriges Geschick trifft, wie diesem Arbeiterproletarier, den er mit so viel Behagen „ausgeschaltet“. Hoffen wir, daß wir die Zeit noch erleben, in welcher kein Mensch mehr gezwungen wäre, in Holzschuppen zu nächtigen, sondern in welcher den Menschen die Rechte gewährleistet sind, auf welche sie Anspruch machen müssen.

Das „Deutsche Blatt“ ist eines jener Berliner Prezerzeugnisse, welche, den Velleken gleich, im Verborgenen blühen. Der Besitzer ist ein Buchdruckerbesitzer, dessen beste Seher — Beibringer sind. Der Abonnementspreis des Blattes ist ein scholch billiger, natürlich ist das Prezerzeugnis auch danach! Redakteure sind Herr Kleister und Frau Scheere, es giebt also nicht viele „Geschäftsspesen“. In der Expedition sind nur junge Mädchen beschäftigt, die sind heut sehr billig zu haben. Das „Deutsche Blatt“ leistet sich den Luxus einer eigenen Expedition, d. h. die Zeitungsspediteure verlangen einen so hohen Prozentsatz, wenn sie die prompte Lieferung an die Abonnenten übernehmen, daß der Bezugspreis beinahe aufgedreht wird. Und da diese Forderung das ganze „Geschäft“ unrentabel macht, hat sich das Blatt eine „eigene Expedition“ zugelegt. Das hält in Berlin nicht schwer, denn es ist bald eine Kompanie von Frauen zusammengedrömmelt, welche des Morgens für ein Spottgeld die Zeitungen den Abonnenten zutragen. Nun hat es auch unter den Zeitungsansträgerinnen des „Deutschen Blattes“ arge Sünderrinnen gegeben, welche die Frivolität bis auf den Gipfel trieben und an dem Tage das Austragen der Zeitung sein ließen, an welchem sie eine lohnendere Beschäftigung fanden. Das ging dem Besitzer dieses feudalen Zeitungsunternehmens denn doch über den Span, wenn jetzt plötzlich zwei seiner Aussträgerinnen fort blieben, konnte ihm ja sein ganzer Betrieb gefährdet werden. Er sann auf Abhilfe, und eines Tages hatte er das Ei des Kolumbus gelegt. Er hatte einen Klad zu Tage gefördert, den er auf knallrothem Papier drucken ließ und den Aussträgerinnen zur Unterchrist vorlegte. Dieser Klad hat folgenden interessanten Wortlaut:

Es kommt mehrfach vor, daß Frauen ihre Tour ver- artig niederlegen, daß sie ohne Entschuldigung fortbleiben. Von jetzt ab wird folgende Ordnung eingeführt:

Jede Frau, welche abgehen will, hat dieses eine Woche vorher anzumelden.

Jede Frau, welche dieses nicht thut und keine ausreichende Entschuldigung für ihr Fortbleiben hat, erhält keinen Lohn.

Frauen, welche mich in der Weise in Verlegenheit setzen, daß sie plötzlich ohne Grund fortbleiben, sind überhaupt nicht werth, das „Deutsche Blatt“ auszutragen.

Ich ersuche, diesen Zettel durchzulesen, mit der Namensunterchrift zu versehen und dem betreffenden Fräulein (in der Expedition) zurückzugeben.

Wir wollen einige hervorragende Punkte dieser „Ordnung“, so die „Anmeldung“ eine Woche vorher, ehe die Frau ihren so hoch dotirten Posten quittiren, den Lohnabzug u. s. w., nicht weiter kritisiren, das überlassen wir unseren Lesern. Urförmlich ist aber der Passus, den wir durch gesperrten Druck hervorgehoben haben. Da heißt es, daß die Frauen, welche „mich“ (d. h. den Zeitungsbefitzer) in Verlegenheit setzen, indem sie plötzlich wegbleiben, „überhaupt nicht werth sind, das „Deutsche Blatt“ auszutragen.“ — Das ist ja das höchste der Gefühle! Der Befitzer verlangt also, daß die armen Zeitungsfrauen, welche für einen minimalen Lohn für ihn thätig sind, noch „Werthschätzung“ für sein Unternehmen haben sollen! Weinahe unglücklich, aber thatsächlich wahr.

Um die Ehre, für das „Deutsche Blatt“ als Aussträgerinnen thätig sein zu dürfen, sollen sich jetzt schon sämtliche Götinnen des Olymp streiten...

Der bekannte Gummischlauch hat Mittwoch Mittag in der Wärmehalle am Alexanderplatz dieselbe Rolle gespielt, welche er so oft in den Herbergen zur Heimath gespielt hat. Natürlich waren es wieder Angehörige des Instituts, welche mit dem gefährlichen Instrument auf wohlrothe Menschen einschlugen. Ein alter gebrechlicher Mann hatte das Mißfallen eines der Aufseher erregt. Nach der einen Mißthatung soll es um den Alten recht geräuschvoll hergegangen sein, weil er von verschiedenen der Anwesenden genudt wurde, nach der anderen soll ihm plötzlich unwohl geworden sein, so daß er den Fußboden verunreinigte. Wie dem aber auch immer gewesen sein mag, es bildet keinerlei Entschuldigung für die Scene, welche sich jetzt abspielte: Einer der Aufseher trat auf den alten Mann zu, riß ihn von der Bank und warf denselben in weitem Bogen seinem Kollegen zu. Der zweite Aufseher ergriff den Greis und warf denselben mit solcher Behemung zu Boden, daß derselbe nicht mehr aufstehen konnte. Nun riß ihn der zweite Aufseher wieder auf, schlug ihn mit einem Gummischlauche, den er stets unter der Schürze trägt, über den Kopf und warf den Alten auf die Straße, wo derselbe liegen blieb. Es bildete sich auf der Straße eine Gruppe Menschen, welche sich mit dem Blutenden beschäftigten und schließlich kam ein Schuttmann hinzu, welcher für den Rücktransport des Greises nach der Wärmehalle Sorge trug. Der Schuttmann schien schon Bescheid zu wissen, denn er sagte den Aufsehern ihre Nothheit auf den Kopf zu: „Wir wissen schon, was Ihr es hier macht!“ Der alte Mann blutete fast am Daumen der rechten Hand und schien auch noch sonstige Verletzungen davongetragen zu haben. Da der Schuttmann sich den Vorfall notirt hat, so ist wohl anzunehmen, daß derselbe für die Aufseher noch Folgen haben wird, die diesen den Gebrauch des Gummischlauches ein für alle Mal verleben.

Die Verwaltung der Wärmehalle aber wird nicht umhin können, sich die Frage vorzulegen, ob ihre Angestellten ihre Posten so ausfüllen, wie dies die Verwaltung wünscht. Die Antwort auf diese Frage ist nicht schwer zu errathen. Die Verwaltung müßte somit strenge Musterung halten und namentlich darauf sehen, daß der Gummischlauch aus der Wärmehalle ein für alle Mal verbannt wird. Wenn bei einer Schlägerei auf der Straße einer der Hausenden zum Gummischlauch greift, so kann er sicher sein, daß bei der Gerichtsverhandlung der Staatsanwalt für ihn als „gefährlicher Korodt“ und „Todtschläger“ eine sehr strenge Strafe beantragt und daß in den weitaus meisten Fällen auch auf eine solche erkannt wird. Wie ist es nun aber möglich, daß die Klüftlich fahrenden Angestellten gemeinnütziger Einrichtungen — und solche sollen doch die Wärmehallen und auch die Herbergen zur Heimath sein — den Gummischlauch stets bei sich tragen, bereit, sofort damit aufzuschlagen zu können? Wenn die Verwaltungen dieser Anstalten dagegen nicht einschreiten, so errathen wir dies doch für eine Ausgabe der Polizei, die doch sonst sofort auf dem Plane erscheint, wenn es gilt die gefährdete öffentliche Ordnung wiederherzustellen.

Eine förmliche Vorlesung über das Einbrechen in Geldschranke wurde vorgestern in der Polytechnischen Gesellschaft gehalten und eine gleichzeitige kleine Ausstellung von Diebstahndewerkzeug gewährte ein anschauliches Bild von der Thätigkeit der „schweren Jungen“. Es handelte sich dabei um einen

Vortrag über elektrische Vorrichtungen zur Sicherung des Eigen-
tums.

Der Einbrecher, welcher sich mit „diebes- und feuersicheren“
Geldschranken in „eindringlicher“ Weise beschäftigen will, bedarf,
wie der Redner ausführte, nicht nur hoher persönlicher Körper-
kraft und technischer Gewandtheit, sondern auch in einem
gewissen Sinne ein „kapitalträchtiger Unternehmer“ sein,
denn die Diebeswerkzeuge, die er gebraucht, müssen sehr
sorgfältig gearbeitet sein und repräsentieren insoweit dessen
ein recht erhebliches Anlagekapital. Die Zeiten, wo der
Einbrecher mit einer gewöhnlichen Brille ein Loch bohren
konnte, das sich mit einer kleinen Fraise erweitern ließ, sind im
Allgemeinen vorbei, denn Geldschranke alter Konstruktion, die eine
derartige „Bearbeitung“ zulassen, bilden selten noch ein einträg-
liches Objekt. Die moderne Ausrüstung eines Geldschrankebrechers
nimmt räumlich wenig Platz ein, sie läßt sich bequem in einer
kleinen Kofferstasche unterbringen, die unauffällig mitgeführt werden
kann. Das wichtigste Instrument und zugleich der Stützpunkt
für die meisten der übrigen Werkzeuge ist eine sehr subtil
gearbeitete zusammensetzbare Brechlanze, mit der man eine
gewaltige Kraftwirkung erreichen kann. Der Einbrecher, der auf
der Höhe der Zeit steht, verfügt über zwei derartige Hebel-
stangen. An dem einen Ende einer solchen Stange ist eine Vor-
richtung angebracht, welche gestattet, einen Hammer aufzusetzen,
das andere Ende gestattet die Einfügung einer ganzen Reihe
anderer Werkzeuge. Wenn es sich darum handelt, die bei vielen
Konstruktionen vorhandenen Thürzapfen zu beseitigen, wird ein
zugspitzes krummes Eisen aufgesetzt, womit man die Säulen mit
Leichtigkeit untergreifen kann. Widerstehen die Säulen diesem
Angriff, so wird eine Art „Kraue“ angeschraubt und mit Hilfe
der Hebelstange kann dann selbst die stärkste Säule abgeprengt
werden. Will man die Winkelhaken an den Ecken der Schranke
abreißen, so legt man eine Jange in den Haken ein und setzt
man an zwei Ecken je eine derartige Hebelstange, so kann man
durch Zusammenpressen beider Hebel schon recht starke Wan-
dungen bequem nach innen eindrücken und dadurch die Ver-
bände lösen.

Inzwischen ist ja nun freilich auch die Geldschrank-
fabrikation nicht stehen geblieben, sondern hat einen erbitterten
Kampf mit den Einbrechern aufgenommen. Man hat zunächst
sich bemüht, Geldschranke herzustellen, die für Klauen und
Zangen keine Angriffspunkte bieten und ist so zu den aus einem
Stück geschweißten Schranken gekommen. Man hat ferner versucht,
das Bohren und Fraisen unmöglich zu machen, indem man Stahl-
platten nahm, die jedem Bohrer Widerstand leisten, und da diese
Platten so spröde sind, daß sie mit einem Hammer sich zer-
schlagen lassen würden, hat man endlich die Stahlplatten mit
Schmiedeeisernen Platten zusammengeschweißt und so auch den
Angriff mit dem Hammer unmöglich gemacht. Aber auch die
Diebe haben gewaltige Fortschritte gemacht und andere Natur-
kräfte in ihren Dienst gestellt. Der erfahrene Geldschrank-
Einbrecher führt eine Schmelzlampe mit sich, mittels der er gewöhn-
liche Platten in 10 bis 15 Minuten derartig bearbeiten kann, daß ein
Loch entsteht, durch welches er selbst in den Schrank kriechen könnte.
Solide Konstruktionen bieten allerdings auch hier recht erheblichen
Widerstand und würden stundenlange Arbeit erfordern. Immerhin
hat man es unter diesen Umständen für notwendig gehalten,
noch auf weitere Sicherung zu sinnen, und hat sich dabei der
modernen Kraft, der Elektrizität, bedient. Ein Münchener
Konstrukteur hat elektrische Sicherheits-Signal-Apparate
hergestellt, welche auf dem bekannten Prinzip des Fadentastens
beruhen, das in zweckentsprechender Weise umgeändert ist. Die
Apparate werden in dem Schrank selbst untergebracht und die
Leuchte durch Löcher geleitet, die leider wieder gewisse Angriffs-
punkte bieten. Ingenieur Berg, der Redner des Abends, hat
daher eine andere Konstruktion gewählt, er setzt seinen Apparat
frei und offen oben auf den Geldschrank und stellt ebenso offen
die Drahtverbindung mit dem Läute-Apparat im Wächterzimmer
her. Der Vorteil der Konstruktion liegt darin, daß nach dem
Gesachten der physikalisch-technischen Reichsanstalt, auch für den
gewöhnlichen Elektriker keine Möglichkeit vorhanden ist, den
Apparat auf irgend eine Weise außer Tätigkeit zu setzen. So-
bald nun der Schrank einer Erschütterung ausgesetzt wird, oder
an dem von den Leitungsdrähten umgebenen Schrank eine
Stichflamme wirken soll, oder sobald man die Leitung sonst
unterbricht, tritt der Läute-Apparat in der Wächterstube sofort
in Tätigkeit und der Dieb hat damit seine Anwesenheit ver-
raten.

Ein biederer Mecklenburger. Vor ungefähr 8 Tagen
entschied eine hiesige Zeitung ein Inserat des Inhalts, daß ein
Schlächter in Alt-Moabit sein gut gehendes Geschäft an einen
reellen Käufer zu verkaufen beabsichtige. Bereits an demselben
Tage erschien bei dem Verkäufer ein Ehepaar mit einem hoch-
ausgeschossenen, ungefähr in der Mitte der zwanziger Jahre
stehenden Sohne. Alle drei Personen machten einen durchaus
biederer Eindruck. Der Vater des jungen Mannes erklärte, er
sei mit seiner Familie aus der Rückkehr aus Amerika, wo er sich
als Farmer ein ganz ansehnliches Vermögen erworben habe, nach
seiner alten Heimat Ostpreußen in Mecklenburg begeben. Er
hätte sich zwar nur vorübergehend in der Reichs-Hauptstadt auf-
gehalten, jedoch möchte er gern seinem Sohne hier eine sichere Existenz grün-
den. Er sei daher gern zur Übernahme des betreffenden Geschäfts
mit einer erheblichen Abschlagszahlung bereit, wenn sein Sohn,
den er als Volontär für einige Tage annehmen dürfe, sich
von der Rentabilität desselben persönlich überzeugt habe. Der
arglose Schlächter ging in die Falle, gestattete dem jungen Manne
die Anwesenheit in seinem Geschäft, weihte ihn in die Intereffen
der höheren Schlächterei ein und ließ ihn sogar zeitweilig hinter
den Ladentisch treten. Vorgestern Mittag ist nun der junge Mann,
der angeblich zu Tisch gegangen war, nicht zurückgekommen. Als
der Schlächter, Weses ahnend, gegen Abend Nachforschungen in
der Wohnung des jungen Mannes anstellte, war derselbe dort
total unbekannt. Wahrscheinlich hat derselbe sich einen falschen
Namen beigelegt. Als sicher hat sich herausgestellt, daß er die
Ladentasse um recht ansehnliche Beträge erleichtert hat.

Zur Kroll'schen Mordsache in Weihensee erfahren wir,
daß ein nicht unwichtiger Zeuge Seitens der Behörde gesucht
wird. Es ist dies ein Arbeiter Kühne, welcher im September
und Oktober v. J. sich in Weihensee aufgehalten hat und mit
der Familie Kroll in einige Verbindung gekommen sein soll.
Polizeilich gemeldet war Kühne indessen nicht.

Der Mörder der Ritsche sollte nach Mitteilung einiger
Wäiter in der Person eines Schlächters Reinhardt aus Leipzig
hier eingeliefert worden sein. Diese Nachricht ist jedenfalls durch
Vermischung zweier verschiedener Vorgänge entstanden. Vor
einiger Zeit wurde als der Thäter des verhängnisvollen Mordes
der Schlächter Wurtzhardt eingeliefert, doch hat sich der Verdacht
als unbegründet erwiesen. Der Verdächtige wurde aber noch nicht
entlassen, sondern wegen Ruppel in Untersuchung behalten. Die
jetzt eingelangte Person ist der Schuhmacher Reichert und in
Verwandtschaft mit dem Ruppel. Er war verdächtig, daß Sittlichkeits-
Verstöße auf die jährliche Klinge bei Bunzlau verübt zu haben, ist
aber nicht als Thäter rekonnoziert worden und nun hierher-
gebracht, weil er als Hausdiener bei einer Firma in der
Leipzigerstraße 500 Nr. unterschlagen hat, auch noch mehrere
Diebstähle zum Nachteil der Firma ausgeführt haben soll.

Durch einen Brand ist in der Nacht zum Freitag das
Dachgeschoss des Vorderhauses Lotzringstr. 100 vollständig zer-
stört und ein Teil des Dachgeschosses vom linken Seitengebäude
stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Das Fundament war
beim Anlangen der um 11 Uhr 37 Minuten alarmierten Feuer-
wehren vor der Brandstelle von den Flammen bereits an ver-
schiedenen Stellen durchbrochen und die Verschläge innerhalb der
Bodenräume schon in einem Umfange von ihnen ergriffen, daß
hier der Vernichtung nicht mehr entzogen werden konnte; es

sind denn auch nur die stark verholzten Sparrengebäude stehen
geblieben. Der Angriff wurde dadurch, daß das Dachgeschoss
vom Vorderhaus und auch vom Seitengebäude aus erreicht
werden kann, sehr erleichtert, da auf diese Weise sich ein
sömliches Umfließen des Brandherdes mit den vor-
genannten drei Schlauchleitungen ermöglichen ließ. Dem
auf sie eindringlich wirkenden Wasserstrahlen gegenüber war
es mit der Macht des Feuers bald vorbei, und schon
nach Verlauf einer einstündigen Löscharbeit konnte das Gros der
ausgerückten Abteilungen wieder in die Wachbereitschaft zurück-
kehren, während das Ablösen der Brandtrümmer und die
Säuberungsarbeiten sich bis gegen 3 Uhr früh hinzogen. Die
unter dem Brandherde belegenen Wohnungen haben nur ganz
unbedeutend von durchdrungenem Wasser gelitten. Tags vorher
ist bis in den Abend von Klempern auf dem Boden gearbeitet
worden, und läßt sich wohl annehmen, daß diese durch eine Un-
vorsichtigkeit mit dem benutzten Licht die Entstehung des Brandes
verursacht haben.

Der Kriminalpolizei ist es gelungen, gelegentlich eines
großen Einbruchdiebstahls auf dem Stettiner Güter-Bahnhofe
einer aus 6-8 Köpfen bestehenden Diebes- und Einbrecherbande
auf die Spur zu kommen. Auf dem Bahnhofe hat die Firma
Ditschold und Sachs das erste Stockwerk eines Speichers ge-
mietet. Sonnabend gegen 1/7 Uhr Abends fuhr ein Koll-
und ein Leiterwagen vor. Die Kutscher und 4 Arbeiter begannen
Mehl auf die Wagen zu verladen. Das Bahnpersonal, welches
glaubte, daß die Wagen der obigen Firma gehörten, forderten die
Leute auf, sich zu beugen, da es schon sehr spät sei. Die Arbeiter
entfernten sich darauf, nachdem sie 50 Ballen (100 Zentner) auf-
geladen. Als am Montag die wirklichen Arbeiter der Firma
D. u. S. erschienen, stellte sich heraus, daß am Sonnabend Abend
Einbrecher ungehindert gestohlen hatten. Kriminalkommissarius
Braun leitete die Untersuchung. Erst vor kurzer Zeit sind zwei ganz
gleichartige Diebstähle von Mehl und Getreide auf dem Güter-
Bahnhofe des Anhalter Bahnhofes und auf dem Speicher des
Mehlhanfes vorgekommen. Es gelang gestern früh, einen Kutscher
zu verhaften, welcher zwar über den Verbleib des Mehles und
über den event. Fehler Angaben machte, so daß die geschädigte
Firma ihre Waare wiedererlangt hat, jedoch die Mithuldigen
nicht angeben wollte. Man ist jedoch den übrigen Dieben be-
reits auf der Spur.

Aus Bremen ist der hiesigen Kriminalpolizei eine Mit-
teilung zugegangen, daß der ehemalige Lehrer Felgentreu in
der „Möller'schen Gartenbau-Zeitung“ und durch Flugchriften,
die er verschickte, bekannt gemacht hat, daß in Bremen vom
24. Februar bis zum 12. März eine „internationale Ausstellung
für Hygiene, Sport und Kunstindustrie“ stattfinden werde. Felgentreu
hat zur Beteiligung an dieser Ausstellung aufgefordert.
Anmeldungen entgegengenommen und Gelder für Plakmiethen
eingezogen. Da in Bremen von einer derartigen Ausstellung gar
nichts bekannt ist und man es offenbar mit einem Schwindel zu
thun halte, wurde die Verhaftung des Felgentreu verfügt, die
dann erfolgt ist, obgleich es dem Schwindler gelungen war,
sich derselben einige Zeit zu entziehen. Den Behörden liegt
daran, in Erfahrung zu bringen, ob Felgentreu auch hier Opfer
gefunden hat.

Mehrere Hotellschwandlerrinnen sind in den letzten Tagen
in Berlin festgenommen worden. Eine von ihnen, die Witwe
Z., betreibt das Handwerk in Gemeinschaft mit ihrer sechs-
jährigen Tochter und verschaffte sich dadurch Kredit, daß sie den
Wirthen, welche sie sich zu Opfern ausbeutete, vorpiegelte,
daß ihre Tochter mit dem Herzog von Leuchtenberg, Fürstin von
Hensel-Donnermarck verlobt sei. Eine dritte Hotellschwandlerin,
welche von ihrem Schicksal errettet worden ist, ist Elfette W. Sie
pflegte sich für eine „Hermine v. Malhan“ auszugeben und führte
zwei wertvolle Hunde, einen Bernhardiner und eine Dogge, bei
sich. Da sie sich nach ihrer Verhaftung über den ehelichen Er-
werb dieser Thiere nicht ausweisen konnte, verurteilt man, daß
sie dieselben gestohlen hat.

Die Witterung des Monats Januar d. J. Die
Witterung des verflossenen Januar läßt sich in drei Perioden
scheiden, eine mäßig warme, feuchte und windige, die bis zum 12.
dauerte, eine kalte, trockene und helle, die am 22. ihren Abschluß
erreichte, und eine trübe, allmählich immer wärmer werdende,
niederschlagsreiche, die über den Monatschluß hinausging. Ein
einheitliches, die Witterung kennzeichnendes Bewort können wir
dem Monat Januar somit nicht geben; es wird aber vielfach
überraschen, daß die Durchschnittstemperatur des Monats um
1 Gr. unter der normalen lag.

In den ersten Tagen des Monats stand das Wetter unter
dem Einfluß von barometrischen Depressionen, welche in rascher
Aufeinanderfolge im Nordwesten erschienen und südostwärts
zogen. Besonders unruhig war die Witterung am 3., 5. und
6., wenn auch die Winde bei uns weniger stark waren,
als an der deutschen Küste. Die Niederschläge nahmen allmählich
die Gestalt von Schnee an, und da das Thermometer unter 0 Gr.
sank, blieb die Schneedecke liegen, welche am 9. die Höhe von
10 Ztm. erreichte. Einige Tage blieb dann noch die Witterung
unsicher; als sich dann aber über Skandinavien ein Hochdruck-
gebiet ausbildete, wurde es am 13. Abends bei eintretendem Ost-
winde empfindlich kalt und die folgende Nacht brachte bereits
-9 Gr. Die strenge Kälte dauerte an und verschärfte sich noch,
als das barometrische Maximum sich südwärts senkte und
mit einem westlich gelegenen Depressionsgebiete in lebhafter
Wechselwirkung trat. Allmählich verflachte dann der Hoch-
druck und verzog sich ostwärts, während eine umfangreiche De-
pression, die sich im Nordwesten ausgebildet hatte, einen erfolg-
reichen Vorstoß machte, der eine starke Erwärmung verursachte.
Am 22. Morgens waren 14,4 Gr. Kälte, Abends nur noch
-4,1 Gr. und am nächsten Morgen -1,3 Gr. Nachdem
dann energisches Schauerwetter eingetreten war, schien es, bei
steigendem Barometer, als ob die kalte Witterung wiederkehren
würde. Die rasch auf einander folgenden Minima, welche
über den Norden Europas zogen, ließen aber eine dauernde
Abkühlung nicht zu, vielmehr wurde die Temperatur immer
höher, so daß sie am 30. 10 Gr. erreichte. Die drei letzten
Monatstage (der 29. war, was hier nebenbei bemerkt sei, nach
Fob's Theorie ein kritischer Tag erster Ordnung) hatten sehr
stürmisches, niederschlagsreiches Wetter.

Im Einzelnen war das Ergebnis der meteorologischen
Beobachtungen auf der Station in SW. das folgende:
Der Barometerstand betrug im Monatsmittel 753,0 Mm.,
d. i. 6 Mm. weniger als für den Januar normal sind.
Das Maximum trat mit 767,7 Mm. am 18. und 19. ein,
das Minimum mit 733,4 am 6. Das Barometer durchlief inner-
halb der Beobachtungsstunden 179,4 Mm., also pro Tag durch-
schnittlich 5,8 Mm. Besonders unruhig war es zu Anfang und
am Schluß des Monats. Das Thermometer stand im Mittel
Morgens 7 Uhr auf -2,0 Gr. C. (normal sind -1,3 Gr. C.),
Mittags 2 Uhr -0,4 Gr. C. (normal +0,8 Gr.), Abends 9 Uhr
-1,7 Gr. (normal -0,6 Gr.). Es ergiebt sich hieraus eine
mittlere Monatsstemperatur von -1,5 Gr., während dem Januar
nach 40jährigen Durchschnitt eine solche von -0,5 Gr. zutrommt.
Der Monat war mithin um 1 Gr. zu kalt. Schuld daran
tragen allein die Tage vom 14. bis 22., welche sämtlich
um mehr als 5 Gr. zu kalt waren. Außer ihnen hatten nur noch
6 Tage eine um höchstens 1,2 Gr. zu niedrige Temperatur, wäh-
rend 16 Tage zu warm waren. Der kälteste Tag war der 21.
mit -11,7 Gr. Mitteltemperatur, der wärmste der 30. mit
+8,0 Gr. Das absolute Minimum fiel mit -15,0 Gr. auf den
22., das absolute Maximum mit +10,8 Gr. auf den 30.
Der Witterungsumschlag vom 2. zum 28. war so stark, daß der
21. eine Mitteltemperatur von -11,7 Gr., der 22. eine solche
von -7,0 Gr., der 23. von +0,4 Gr. hatte. Gestage, an
welchen das Thermometer sich nicht über 0 Gr. hob, hatte der

Monat 11, Frosttage, an welchen es unter 0 Gr. fiel, 22. Am
Erdboden sank das Thermometer am 22. bis auf -18,0 Gr.,
stieg dagegen am 30. auf 11,4 Gr.

Die Windrichtung war bis 13. fast ausschließlich westlich und
südwestlich, dann folgten bis 22. Ostwinde, während demnachst
mit einer eintägigen Unterbrechung wieder westliche und nord-
westliche Winde wehten. Von den 93 Beobachtungen des Monats
ergaben 34 Westwind, 20 Ost, 13 Südwest, 10 Südost, 9 Nordost,
2 Süd und 1 Nordost; Nordwind wurde gar nicht beobachtet.
Windstille trat 4 Mal ein. Dagegen erreichte die Windstärke
mehrfach die Nummer 6 der 12theiligen Skala und am 5. und 30.
sogar die Nummer 7. Im Monatsmittel betrug der Stärtegrad
Morgens 3,0, Mittags 3,4 und Abends 3,2. Die Windrichtung
betrug 7,4 der 10theiligen Skala und war damit gerade normal.
Die Tage vom 19. bis 21. waren ganz heiter, wogegen 15 Tage
in meteorologischem Sinne trübe (Bewölkungsgrad über 8),
darunter 10 ganz trübe waren. Von den 93 Beobachtungen des
Monats ergaben 16 ganz heiteren, dagegen 57 ganz bedeckten
Himmel. Die relative Feuchtigkeit war mit 88,2 pSt. um 4 pSt.
zu hoch. Morgens betrug sie 90,5, Mittags 86,0, Abends
88,0 pSt. Das Maximum trat mit 97 pSt. am 14., das Minimum
mit 69 pSt. am 3., 30. und 31. ein. Die Niederschläge erreichten
im Monat die Gesamthöhe von 59 Mm., während für den
Januar nur 38 Mm. normal sind. Davon entfielen allein
20,9 Mm. auf den 1. Januar, die aber zum Teil noch am
31. Dezember und in der Spätsommerzeit gefallen sind, da die
Ableitung des Regenwassers immer am Morgen erfolgt. Der
Niederschlag vertheilt sich auf 17 Tage. Schnee fiel an neun
Tagen; Reif wurde 4 Mal, Nebel 3 Mal, Raufrost 1 Mal fest-
gestellt.

In der Poliklinik des praktischen Zahnarztes Herrn
A. Semmel, Oranienstr. 55, werden alle Zahn- und Mundleiden
für Unentgeltliche Vormittags 8-9, Nachmittags 1-3, 5-8 unent-
geltlich behandelt; für Füllungen und Zahnersatz nur die Aus-
lagen berechnet.

Polizeibericht. Am 4. d. M. Nachmittags wurde ein Herr
vor dem Hause Potsdamerstr. 88a von einem Pferdebahnwagen
überfahren und erlitt einen Bruch des Oberarmes und des Unter-
schenkeles, so daß er nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht
werden mußte. - Abends fanden 8 Brände statt.

Gerichts-Beitung.

Beleidigung einer Schalter-Dame wurde dem Kaufmann
Paul Anton Schöber vor der Last gelegt, welcher sich dieserhalb
gestern vor der fünften Strafkammer des Landgerichts I. zu ver-
antworten hatte. Es war am 8. August v. J., als derselbe am
Schalter des Alexanderplatz-Bahnhofes erschien und von der
Stations-Diätarin Vergin, welche daselbst Dienst hatte, die
Herausgabe der von ihm bestellten Rundreise-Billets verlangte.
Er beanpruchte, daß ihm die Billets vor der Bezahlung zur An-
sicht vorgelegt werden sollten, um zu kontrollieren, ob dieselben
auch richtig zusammengestellt seien; die Schalter-Dame meinte
aber, daß sie dazu keine Zeit habe und verwies auf ihre
Instruktion, wonach sie zunächst das Geld einzunehmen habe.
Es kam darüber zu Auseinandersetzungen und schließlich
überließ Fräulein V. die Billets dem Angeklagten zur Durch-
sicht. Der Angeklagte war dadurch aber keineswegs zufrieden-
gestellt, sondern suchte das Fräulein darüber zu belehren, daß es
nur sein Recht sei, was er verlange und daß er sich bei der
vorgeordneten Behörde beschweren werde. Als die Schalterdame
widersprach, kam es nochmals zu heftigen Auseinandersetzungen,
in deren Verlauf der Angeklagte seiner Geheuerin ein „un-
anständiges Frauenzimmer“ an den Kopf warf. Das Schöffengericht
hatte diesen Mangel an Galanterie mit 75 M. Geldbuße
geahndet, die Berufungskammer verringerte aber die Strafe auf
40 M. Geldbuße, indem sie annahm, daß das böse Wort dem
Angeklagten nur in der Erregung entfahren war.

Unter der Anklage der Urkundenfälschung, bezw. des
fortgeführten Betruges fanden gestern der Graveur Gustav
Walter, dessen Ehefrau Sophie Walter und deren
Tochter, die Stickerin Frieda Walter vor der dritten Straf-
kammer des Landgerichts I. Es war ein eigenartiger Sach-
verhalt, der der Anklage zu Grunde lag. Der Angeklagte
Walter wurde im Februar 1890 Mitglied des Consum-Vereins
„Süd-West“. Zweck dieser Vereine ist bekanntlich, den Mitgliedern
die Lebensmittel zu billigeren Preisen wie ortsüblich zu be-
schaffen. Im Consumverein Süd-West war folgende Ein-
richtung getroffen: Die Mitglieder können bei bestimmten
Verkaufsstellen Pappmarken zum Werthe von 50 Pf.
1 M. und 2 M. gegen baar erhalten. Diejenigen Verkäufer,
welche 5 pSt. Rabatt geben, liefern rothe, die welche 10 pSt.
Rabatt gewähren, gelbe Pappmarken. Bei Entnahme von
Marken für 20 M. erhalten die Abnehmer gleich so viel Marken
mehr, wie der ihnen zu vergütende Rabatt beträgt. Um nun
den bei kleinen Einkäufen nöthigen Bedarf an Scheidemünze zu
decken, hat der Verein Süd-West eine beschränkte Anzahl von
Blechmarken anfertigen lassen, welche den Lieferanten in
beschränkter Anzahl ausgehändigt werden. Im Laufe
des vorigen Sommers stellte sich heraus, daß circa
4000 falsche Blechmarken im Umlauf waren. Nach
der Anklage soll der Gemann Walter diese Fälschrate ange-
fertigt und seine mitangeklagten Angehörigen sollen dieselben im
Verkehr gesetzt haben. Die Anklage hat eine ganze Anzahl be-
stehende Momente zusammengetragen. Zunächst soll die An-
fertigung der Blechmarken für den Angeklagten Walter als
Graveur ein Verbrechen sein. Sämtliche Angeklagten sollen auf-
fallend viel Blechmarken vorausgibt und dabei die von ihrer
Wohnung am weitesten entfernten Läden aufgesucht haben,
um durch zu häufiges Erscheinen in den benachbarten Geschäften
nicht aufzufallen. Die Angeklagten bestritten entschieden ihre Schuld,
sie wollten das Opfer eines solchen Verdicts geworden sein.
Der Angeklagte Walter wies darauf hin, daß es doch höchst
wahrscheinlich ist, wenn er Blechmarken zu 10 Pf. herstellen
würde, wozu er sich erst eine Presse und eine Stange anschaffen
müßte. Viel leichter hätte er es doch gehabt, wenn er mit Hilfe
eines leicht anzufertigenden Stempels die Pappmarken zu einer
und zwei Mark nachgemacht haben würde. Nach mehrstündiger
Verhandlung beschloß der Gerichtshof die Verurteilung, um den
Beklagten zu laden, der die Blechmarken im Auftrage des
Vereins angefertigt hatte und um zu ermitteln, ob vielleicht die
Quelle der Fälschrate dort zu suchen sei.

Soziale Uebersicht.

Auf zwei Schächten in Donau (Belgien) feiert die ganze
Belegschaft (700 Mann) wegen Herabsetzung des Lohnes.

In Bremen sagte eine von fast 1000 Personen besuchte
Arbeitslosen-Versammlung einstimmig eine Resolution,
in welcher es u. A. heißt, daß es Pflicht der leitenden Staats-
behörde ist, nicht allein die vorhandene Arbeitslosigkeit durch
geeignete Maßnahmen nach Kräften einzuschränken, sondern auch
Vorteilungen zu treffen, die eine Arbeitslosigkeit wie die gegen-
wärtige nicht auskommen lassen. Die Versammlung glaubt, daß
dieses auf folgender Grundlage geschehen könnte: 1. für Arbeiter,
die der Staat selbst leitet, ist den Arbeitern ein ortsüblicher
Tagelohn zu zahlen, die Arbeitszeit einzuschränken, sowie die
Arbeitslosigkeit auszuheben. 2. Bei Arbeitern, die auf dem Wege der
Submission vergeben werden, ist der Submittent zu verpflichten,

Parteinachrichten.

Der preussische Volksschul-Gesekentwurf in der Beurteilung der sozialdemokratischen Presse.

„Märkische Arbeiter-Zeitung“ (Berlin): Wird der Entwurf Gesetz und daran ist kaum zu zweifeln, so wird seine Wirkung nicht die sein, welche die Regierung erhofft. Es wird sich zeigen, daß einer Partei, wie die Sozialdemokratie, deren Ziele in der naturgemäßen Entwicklung der Dinge liegen, selbst mit den reaktionärsten Maßnahmen nicht beizukommen ist, daß schließlich auch diese zu ihrem Vortheile ausschlagen müssen.

„Viefesfelder Volkswacht“: So gewiß Militarismus und Kapitalismus auf einander angewiesen sind, so gewiß werden auch das Bürgerthum und der Militärstaat sich immer fester an einander anschließen, und dies wird Schritt halten mit dem Erstarken der europäischen Arbeiterbewegung. Das armselige „freisinnige“ Intermezzo von heute kann und wird daran nichts ändern.

„Stettiner Volksbote“: Die Sozialdemokratie braucht sich auch bei der neuesten Entwicklung der Dinge nicht aufzuregen. Geseht den Fall, es würden unsere Nachkommen wirklich in geistiger Unmündigkeit großgezogen, so bewirkt die harte Erfahrung des Lebens doch ein Abschwenken. Mit der Religion kann man die Sozialdemokratie auch nicht bekämpfen, das beweist uns die Bergarbeiter-Bewegung in den katholischen Gegenden Deutschlands, das beweisen die katholischen Länder Belgien und Oesterreich, wo die Geistlichkeit einen riesigen Einfluß besitzt. Indessen wollen wir auch nicht leugnen, daß uns ein frei erzogener Arbeiterstand lieber als ein verdummter ist. Für den Liberalismus ist die Sache aber noch bedenklicher. Soweit die Menschen nicht hochkirchlich bleiben, werden sie ins Gegentheil umschlagen; für eine Mittelpartei bleibt da kein Raum mehr. Das sehen die Liberalen natürlich sehr gut ein. Aber weiter. Wenn sich die bürgerlichen Parteien im gegenseitigen Kampfe zerstreuen, so ist die Sozialdemokratie der lachende Dritte. Ob man daran wohl schon gedacht hat? Und dabei werden die strengkirchlichen Bestimmungen des Entwurfes gerade damit begründet, daß die Schule im Kampfe gegen die Sozialdemokratie diese Richtung nehmen müsse! Nur zu, ihr Schlaumeier; die Sozialdemokratie spottet über euer Bemühen, eine so mächtige Bewegung mit so kleinlichen Mitteln aufhalten zu wollen. Der Tag des Sieges über euch kommt doch!

„Freie Presse“ (Eilberfeld-Barmer): Der ganze Streit zwischen Konservativen und dem Zentrum einerseits und den Liberalen andererseits dreht sich um die besten Mittel und Wege, wie man dem Wachsthum dieser unverwundlich gesunden Sozialdemokratie endlich Einhalt gebieten kann. Und die Sozialdemokratie steht dabei als lachender Dritter.

„Volkswille“ (Hannover): Von der rothen Fahne locht ihr doch Keinen fort! Wir finden unser altes Lied der Menschlichkeit, die keine Konfessionen und keine Klassen kennt, und unter seinen Klängen wird sich die Menschheit zu einem Bruderbunde vereinen!

„Wohlan, wer Recht und Wahrheit achtet, Zu uns'rer Fahne steh' zu Hauf, Wenn auch die Ehg' uns noch umnachtet, Schon steigt der Morgen hell herauf!“

„Graf Jeditz“: „Die Geister scheiden sich!“ Nein, Herr Minister, sie haben sich schon längst geschieden: Auf der einen Seite steht die alte Welt — auf unserer die neue! Die Scheidung wird nur wieder etwas weiter gebracht — und damit sind wir sehr zufrieden!

„Burgstädter Volksstimme“: So lange der Liberalismus nicht die konfessionslosigkeit der Schule fordert, ist der Widerstand kein ernsthafter. Mit dem kirchlich-radikalen und politisch reaktionären Dr. Strauß denken die Liberalen: „Wir Gebildeten“ brauchen keine Religion, aber das Volk muß Religion haben.

„Unterfränkische Volks-Tribüne“ (Würzburg): Mag die Schule den Arbeiter noch so sehr in Dummheit und Aberglauben erziehen, die Noth des Lebens und die Sozialdemokratie sorgen schon dafür, daß er denken lernt und den Fragen seiner individuellen und Klassenwohlfahrt mit Nachdenken, von den Schenkklappen mittelalterlicher Denkwiese freien Augen gegenübertritt. Und wenn die Schule die Volksschüler in einen künftigen Zufriedenheitsdusel einwickelt, dann sorgen die sozialdemokratischen Väter schon dafür, daß den Wirkungen einer Volksschule, die nur den Rücksichten auf die herrschende Klasse Rechnung trägt, in der Hinsicht durch Aufklärung und richtiger Konsequenz im Denken und Fühlen mit Erfolg entgegenzuarbeiten wird.

„Fränkische Tagespost“ (Münchberg): Im Grunde soll durch den Volksschul-Gesekentwurf nichts Anderes erreicht werden, als die Schule soll in den Dienst des Klassenkampfes gestellt werden! Die Religion soll gegen die Sozialdemokratie helfen! Die religiös gedrückten Kinder sollen, statt wie angeblich durch die liberale Schule Sozialdemokraten, nunmehr durch die Geistlichen brave, ausbeutungsgeduldige Arbeiter werden! Und brachten diese das Wunder zu Stande — Niemand danke ihnen mehr als die liberale Bourgeoisie. Zwischen der Wahl: Neuer Kurs mit Arbeiterfreund oder Neuer Kurs mit Volksschul-Gesekentwurf, Trunksucht- und Jubelrevolvere jagt das Bürgerthum keinen Augenblick! Für die Freiheit der Ausbeutung giebt es alle Grundzüge, alle Erinnerungen, Alles auf! Daß das Bürgerthum aber durch die Männer des „Neuen Kurses“ vor die Wahl gestellt wurde, beweist einfach den Bankrott des „Neuen Kurses.“

„Münchener Post“: Wären wir boshaft, würden wir unsere Kinder weniger lieben, wären wir für ihre geistige Entwicklung weniger besorgt, wir würden hell jubeln über den neuen jedoch nutzlosen Kreuzzug gegen die Sozialdemokratie, denn aufzuwachen werden Hunderttausende, dem politischen Leben jetzt indifferent Gegenüberstehende, und in Massen werden sie sich unter unsere fatternden Johnen stellen. Nicht zu den National-Liberalen oder Freisinnigen werden sich die schlagen, welche durch den „Schlachter“ „Die Schule der Kirche“ ausgeweckt wurden, sondern zur Sozialdemokratie, der man einzig und allein ernste Unnachgiebigkeit, folgerichtiges Vorgehen und Energie in dem jetzigen ernten und nahen Kulturkampfe zutrauen darf.

„Volkstreu“ (Offenburg, Baden): Eine Zeit mittelalterlicher Geistesnachtung beginnt durch die vollständige Auslieferung der Schule an die Geistlichkeit, durch den konfessionellen Schulunterricht und den Zwang aller freireligiösen Anschauungen unter den dogmatischen Unterricht. Dieses Geseh bedeutet eine Belohnung der Kirche für die guten Dienste, welche die Priesterschaft dem Militarismus in der Beschränkung der Volksworte und in der Niederdrückung freireligiöser Ideen leistete.

„Der Erlaß des Herzogs Georg zu Sachsen und das Urtheil der sozialdemokratischen Presse.“

„Volkstblatt für Anhalt“: Das sind gewiß goldene Worte; aber daß sie der kommandierende General auf königlichen Befehl allen seinen Untergebenen zurufen muß, das ist die vernichtendste Kritik, die jemals über die Zustände in unserer Armee gefällt worden ist.

„Fränkische Tagespost“: Es ist ein vernichtender

Schlag, der dem heutigen Militarismus von einem der höchsten Militärs Deutschlands . . . verfehlt wird. Ersreulich ist — und von sozialdemokratischer Seite wurde daran noch niemals gezwiefelt — daß die Männer, welche an der Spitze der deutschen Armee stehen, die Mißhandlungen beim Militär auf Strengste verurtheilen; es ist kein angenehmer Ton, in dem sich Prinz Georg über die Schwach der Mißhandlungen ausspricht. Was aber der Beurteilung des Prinzen naturgemäß gänzlich entgeht, das ist gerade die Hauptsache bei der ganzen Frage des Militarismus. Im Anfang unseres Jahrhunderts haben bereits Gneisenau und Scharnhorst ähnliche Gesehe herausgegeben und am Ende des Jahrhunderts sind diese Zustände nicht besser als damals, sondern viel, viel schlechter geworden. Das muß tiefer liegen. Da handelt es sich nicht mehr um einzelne Auswüchse des Militarismus, die man durch Erlasse, durch Ermahnungen beseitigen könnte; da erkennt man vielmehr deutlich, d. h. wenn man erkennen will, daß der Militarismus eine Einrichtung ist, die solche Auswüchse hervorbringen muß, so lange sie besteht. Diese Einsicht besitzt freilich nur die Sozialdemokratie, für welche der Erlaß des Prinzen Georg von Neuem beweist, daß durch den guten Willen einiger Männer kein kranker Körper geheilt werden kann, daß das System selbst werth ist, daß es endlich zu Grunde gehe. Vorläufig aber werden die Enthaltungen aus dem Leben sächsischer Soldaten die alte Forderung einer öffentlichen Militär-Gerichtbarkeit endlich verwirklichen helfen.

Versammlungen.

Im Fachverein der Tapeziere stand am 1. Februar der Organisationsentwurf der Generalkommission zur Diskussion. Kollege Feder verlas die Einleitung zu der Broschüre und den Organisationsplan und bemerkte dazu, daß die Lokalorganisationen vollständig von dem Gewerkschaftskongress ausgeschlossen sind, trotzdem dieselben mindestens denselben guten Willen haben, das Beste für die Arbeiter zu erstreben, wie die Zentralorganisationen; dies sei eine Vergewaltigung. Redner trat für das Vertrauensmänner-System ein, wodurch auch die politische Aufklärung in die Massen zu tragen sei und erlante dem Fachverein das Recht des Bestehens zu und wenn auch nur als Bildungsclub. Kollege Wieser wendet sich gegen die Anschauung, daß die Arbeiter heute durch die Macht des Geldes und die Kapitalmacht etwas anrichten können; der große Buchdruckerstreik beweise gerade, daß nicht durch Geldsameln, sondern durch prinzipielle Aufklärung und Schulung der Arbeiter etwas zu erreichen sei. Der Organisations-Entwurf der Generalkommission bezwecke weiter nichts, als die Trades Unions und die Kirch-Dunder'schen Gewerkschaften in Deutschland einzuführen; man sehe aber bereits an England, daß dieses System zur Versumpfung führe. Da sich einige Länder, z. B. Sachsen, nicht zentralisieren können, so ist es ein Widerspruch, wenn man die Zentralisation als einseitige Organisation einführen will. Gewerkschaftliches und Politisches wären nicht zu trennen. Kollege Friedmeier wendet sich dagegen; Politik könne man in öffentlichen Versammlungen treiben. Das Hauptprinzip der Gewerkschaften sei, bessere Lohnbedingungen zu erreichen, um die Massen weiter zu bewegen, und dies könnten die Gewerkschaften am Besten, wenn sie starke Verbände bilden; die kleinen Organisationen wären heute schwach und machtlos. Zwischen Tapesitern und Tapezieren sei ein Unterschied zu machen. Erstere arbeiteten in Fabriken, eine solche bilde eine Organisation für sich, während Letztere in Kleinbetrieben zerplittert seien. Die Gesamtheit müsse einheitlich vorgehen. Kollege Moskops ist ebenfalls für Zentralisation. Die Gegner hätten ihn bis jetzt noch nicht vom Gegentheil überzeugt. Man solle nicht gleich Gespenster sehen und mit dem Vereinsgeseh grolllich machen, ferner sich nicht mit Kleinigkeiten und Quasalereien aufhalten; so lange die Arbeiter sich um die Organisationsform streiten, so lange könnten die Kapitalisten in Ruhe noch manche Muster vertilgen, manche Flasche Champagner leeren und manchen Truthahn essen. Macht könnten wir nur erreichen, wenn wir uns der großen Masse anschließen. — Kollege Fretwald ist für Lokalorganisationen, dieselben könnten bei wichtigen Angelegenheiten selbständig Beschlüsse fassen, während die zentralisierten Gewerkschaften z. B. bei Streiks in abwartender Stellung verharren müßten, bis der Hauptvorstand gesprochen habe, obsonen derselbe absolut nicht in der Lage sei, über die Verhältnisse einer Stadt zu entscheiden; man solle sich nicht mit Kleinigkeiten abgeben, sondern durch prinzipielle Aufklärung Kämpfer zu erziehen suchen, damit die heutige kapitalistische Produktion beseitigt wird. Wenn man glaube, durch die Zentralisation mehr Kollegen heranzuziehen, so sei das eine Utopie. Redner verliest einiges aus der Abrechnung der Generalkommission. Während Hamburg und Umgegend 169 471 M. für Streiks verbrachte, hätten die übrigen Städte nur 17 025 M. bekommen, dies spreche doch deutlich genug. Kollege Kirchner hält auch eine föderalistische Organisation für besser, da eine Zentralisation der verschiedenen Vereinigesehe halber nicht einheitlich gestaltet werden könne. Das Kammergericht's Erkenntnis beweise ebenfalls, daß, wenn man über den sogenannten Wertheilensnachsch hinandergibt, das politische Gebiet gekreist werde. Nachdem noch die Kollegen Schröder, Hartig und Heuer für und gegen gesprochen haben und die Kollegen Friedmeier, Moskops, Fretwald, Feder und Wieser nochmals ihre Stellung präzisirt hatten, gelangte folgende vom Kollegen Hänig gestellte Resolution zur Annahme:

Wir protestieren gegen die Vergewaltigung der Lokalorganisationen durch den Halberstädter Gewerkschaftskongress und fordern alle lokalen Vereinigungen auf, Propaganda für das Vertrauensmänner-System zu machen. Alle Arbeitervereinigungen werden aufgefordert, für die Lokal-Organisationen auf dem nächsten Gewerkschaftskongress einzutreten.

Eine zweite vom Kollegen Feder eingebrachte Resolution wurde ebenfalls angenommen, dieselbe lautet:

Die heutige Versammlung erblidt in dem Organisations-Entwurf der Generalkommission keinen Fortschritt aus dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung und stimmt denselben nicht zu. Die Versammelten sind vielmehr der Meinung, daß zu einer guten Organisation die Aufklärung auf politischem und ökonomischem Gebiete gehdet. Um eine derartige Organisation zu schaffen, verpflichten sich die Versammelten mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß eine Gewerkschafts-Organisation mit Vertrauensmänner-System für Deutschland eingeführt wird.

Unter Verschiedenem beantragte Kollege Schneider, daß auch im Organ der unabhängigen Sozialisten die Versammlungen des Fachvereins angehängt werden. Die Versammlung trat über diesen Antrag zur Tagesordnung über. Eine dem Präsidium entnommene Frage: Kann ein Theologe auch ein Sozialist sein? wurde der vorgeschrittenen Zeit halber bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt.

Eine öffentliche Versammlung der Hausdiener, Bader und Verfassgenossen, zu der die Fensterputzer, Buch-Bandlanger, Markhallen-Besizer und Kellerarbeiter besonders eingeladen

waren, tagte am 2. Februar. Nach einer längeren Debatte über einen Antrag des Herrn Kapler, betreffend die Zeitung „Einigkeit“, wurden zum Ersatz für drei aus der Prekommission ausgeschiedene Kollegen die Herren Hoffmann, Walter und Werner gewählt und beschlossen, daß die Prekommission aus ihrer Mitte einen Redakteur für die „Einigkeit“ zu wählen habe. Da der Genosse Wernaun nicht erschienen war, der zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Wie stellen sich die Hausdiener zum Halberstädter Gewerkschaftskongress?“ referiren sollte, erhielt Herr Grauer das Wort, um über sein Verweilen unter den Hamburger Kollegen und deren wirtschaftliche Lage zu berichten. Die Kollegen mühten dort im Durchschnitt für 12 bis 14 Mark wöchentlich von Morgens um 7 bis Abends um 9 Uhr arbeiten und hätten dabei auch Sonntags fast den ganzen Tag über zu thun. Lebhaft sei von ihnen der Wunsch nach einem Zusammenschluß der Kollegen ganz Deutschlands geäußert worden. Vorläufig wollten sie sich mit einer Besprechung der Lage aller deutschen Berufsgruppen durch Vertreter derselben zufrieden geben. In der sich an die Ausführungen Grauer's schließenden Diskussion wurde zugleich die Stellung der Geschäftsdiener und Berufsgruppen zum Gewerkschaftskongress debattirt. Die meisten Redner sprachen sich gegen eine Bescheidung des Kongresses aus. Sie begründeten dies damit, daß die Hausdiener zc. sich erst selbst genügend organisiren müßten, daß die Bescheidung des Kongresses unter den zur Zeit im Gewerke bestehenden Verhältnissen für dasselbe keinen Zweck hätte und auch die Mittel schwer aufzubringen wären. Folgende Resolutionen wurden angenommen:

1. „Die Versammlung hält es für notwendig, mit den Berufsgruppen in den anderen Orten Deutschlands in Verbindung zu treten, um gemeinsam die Form der Organisation zu beraten und zu beschließen. Da eine Verständigung nur auf mündlichem Wege möglich, beschließt die Versammlung, die Vertrauensmänner aufzufordern, durch einen öffentlich zu erlassenden Aufruf die Kollegen in ganz Deutschland zur Theilnahme an einer gemeinschaftlichen Besprechung aufzufordern. Ort, Zeit und Tagesordnung der Konferenz sind gemeinsam von den Kollegen der Orte aufzustellen, in denen bereits Organisationen unserer Branchen bestehen. Inzwischen ist dahin zu wirken, daß Organisationen unserer Kollegen in den Orten, wo solche noch nicht existiren, geschaffen werden. Die Kollegen hier und auswärts werden aufgefordert dahin zu wirken, daß durch die Vertrauensleute ein gemeinschaftlicher Agitationsfonds gegründet wird, ferner die Sammlungen reger betrieben werden und eine Verständigung über ihre Form angebahnt wird (Wohs oder Listen).“

2. Die Versammlung begrüßt die Einberufung eines Gewerkschaftskongresses mit Freuden. Sie betrachtet es für unbedingt notwendig, daß alle Gewerkschaften ihre Kräfte zusammenfassen, um gemeinsam dem gemeinsamen Feinde gegenüber zu treten. Die Versammlung bedauert, daß es in Anbetracht der noch sehr im Argen liegenden Organisation leider nicht möglich ist, den Kongress zu beschicken und verpflichtet sich, den event. Beschlüssen Folge zu leisten.“

Nach einer langen Debatte über das Verhalten des Vereins Berliner Hausdiener in der Einigungsfrage der Hausdiener Berlins gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: Die Versammlung verurtheilt das Verhalten des Vereins Berliner Hausdiener betreffend der Einigungsfrage und verpflichtet sich, da, wo nur irgend Gelegenheit sich dazu bietet, dies Verhalten ins richtige Licht zu stellen und auf die Mitglieder des pp. Vereins dahin einzuwirken, daß dieselben sich dem Verband anschließen.“

Die Versammelten gingen mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie auseinander.

Zu der Arbeiter-Bildungsschule eröffnete am 3. ds. Mt. Herr Schriftsteller Bilsche einen Zyklus von Vorträgen über die Entwicklungsgeschichte der Erde von der Urzeit bis zu den Anfängen menschlicher Kultur als Grundlage einer freien Weltanschauung vor einem zahlreich erschienen Auditorium. Seinem ersten Vortrage schickte der Genannte eine Betrachtung über die Bedeutung der Naturwissenschaft voraus, in welcher er die Behauptung, daß die Naturwissenschaft den Menschen verrothe, überzeugend widerlegte. In fesselnder Weise wußte Redner weiter seinen Zuhörern klar zu machen, wie Millionen von Jahre zurückliegen bis zu den Anfängen der menschlichen Kultur und abermals Millionen von Jahren bis zur Entstehung der Erde. Nur langsam habe sich die Wissenschaft zur Erkenntnis der Gesetze der Natur entwickelt. Möglich war dies einerseits durch das immer mehr verbesserte Fernrohr, dessen erstes sich Galilei im Jahre 1609 konstruirte; weiter ließen die Meteorische Schlufffolgerungen auf die Beschaffenheit der Himmelskörper liegen; und die zuverlässigeren Weg zur Erforschung und Erkenntnis der Himmelskörper bildet aber die Spektralanalyse. Man hat festgestellt, daß es drei Arten von Sternen giebt, und zwar solche, die eine Umgebung von glühendem Wasserstoff haben, (weiße), andere, die einen weiteren Grad der Abkühlung haben, (gelbe), drittens solche, die noch mehr abgekühlt sind (rothe). Neben diesen giebt es noch sogenannte Nebelstern, glühende Gasmassen ohne festen Kern. Dies ist auch der Entwicklungsgang der Erde, die jetzt größtentheils abgekühlt ist, eine dicke Kruste angelegt hat und dadurch die Entstehung organischer Bewesen ermöglichte. Alles dies sind Thatsachen. Die eigentliche ursprüngliche Entstehung der Erde vermuthet eine allerdings ansichtbare Theorie, so daß sich ein Nebelring von der Sonne losgerissen, allmählig eine Kugelgestalt angenommen und dann den vorgedachten Entwicklungsgang durchgemacht habe. Diese Theorie ist in der Wissenschaft heute noch die gangbarste. Neben dieser Theorie bestehen aber noch andere Vermuthungen, die mehr oder minder von der Wissenschaft gestützt werden, möglicher Weise aber eines Tages von dieser wieder verworfen werden müssen. Leichter wird es der Wissenschaft, wenn sie sich speziell mit der Entwicklungsgeschichte der Erde als solcher beschäftigt. Nach dieser allgemeinen Erläuterung des Planetensystems schloß der Vortragende seinen ersten Vortrag, welchen allseitiger Beifall belobte. Eine Diskussion knüpfte sich an den Vortrag nicht, wohl aber eine Reihe von Fragen, die vom Vortragenden eingehend beantwortet wurden. Die weiteren Vorträge, 6—7 an der Zahl, werden alle in demselben Lokale (Nordert, Weststraße) abgehalten werden und wird sich fernerhin an dieselben auch eine Diskussion knüpfen. Der Vorsitzende, Genosse Lazarus, sprach dem Vortragenden den Dank der Versammlung aus.

Die vom Leseklub „Karl Marx“ am letzten Sonntag nach dem „Bod“ abendliche Versammlung für Männer und Frauen war wiederum von über 1000 Personen besucht. Herr Dr. Seruastein hielt einen sehr interessanten Vortrag über erste Hilfe bei Unglücksfällen. Die Frage, inwieweit die Wissenschaft popularisirt werden soll, so führte er aus, ist in letzter Zeit eine sehr brennende geworden. Ein Theil der Ärzte macht es sich zur Aufgabe, medizinische Kenntnisse in Arbeiterkreise nicht dringen zu lassen. Ich stehe nicht auf Seiten jener Kollegen, sondern behaupte, daß jedes Wissen in dieser Hinsicht im Stande ist, uns in unserem muthvollen Wanken zu unterstützen. Zahlreiche und gut besuchte Versammlungen, welche sich mit wissenschaftlichen Fragen beschäftigen, liefern den Beweis, daß unter den Arbeitern ein großes Wissen-

Schaftliches Streben herrscht. Redner ging dann auf das Thema selbst ein und behandelte zunächst die Wunden der Weichteile und deren Heilung, ferner das Verhalten bei Blutungen und gab schließlich ein sehr anschauliches Bild über die Behandlung der Knochenbrüche, wie auch über Verstauchungen, Verrenkungen und Zerreißungen von Gelenken. Reicher Beifall lohnte den Redner für seinen Vortrag. Eine rege Fragestellung vervollständigte noch das eben Gehörte. Unter „Verschiedenem“ theilte der Vorsitzende mit, daß nächsten Sonntag Genosse Rehner einen Vortrag über die Ethik der heutigen Gesellschaft halte, womit die Vorträge des Leseklubs vorläufig ihren Abschluß finden würden, da danach die Wochensaison beginnt, während welcher das Lokal nicht zu haben sei. Ferner machte der Vorsitzende bekannt, daß Sonntag, den 13. März, im Feenpalast eine Gedächtnisfeier für Karl Marx stattfindet, in welcher Genosse Diebnecht die Gedächtnisrede halten werde. Redner ersuchte, schon jetzt so viel wie möglich dafür zu agitieren und sich an der Vorbereitung der Büllets, welche in kürzester Zeit gedruckt werden, zu betheiligen; auch bat er, wenn irgend möglich, Versammlungen an dem Tage nicht abzuhalten, damit die Feier eine wirklich erhebende werde und der Laßalle-Feier gleichkomme. Großes Interesse erregte schließlich die Mitteilung, daß sich der Staatsanwalt bei dem freisprechenden Urtheil, welches einige Mitglieder des Leseklubs wegen Veranstaltung einer Landpartie erhalten hatten, nicht beruhigt, sondern Verurteilung eingeleitet habe, und zwar lege er den hauptsächlichsten Werth auf das Hintereinanderfahren der Krenier, wodurch eine Vertheilung hätte eintreten können. Nun, auf jeden Fall würde sich der Verein bei einer Verurteilung ebenfalls nicht beruhigen und, wenn nötig, bis zur höchsten Instanz gehen. — Hiernach fand das gewöhnliche gefellige Beisammensein mit Tanz statt.

Die Marmor- und Granitsteiner Vereine und Umgebend hielten am 24. Januar eine öffentliche Versammlung ab, um einen Vortrag des Genossen Rehner über Zentral- oder Lokalorganisation zu hören, ferner um darüber zu diskutieren, welche der genannten Organisationsformen am geeignetsten ist, die Indifferenten zur Organisation heranzuziehen, und endlich um Stellung zu der von den Hamburger Kollegen geplanten Zentralisation aller Marmorarbeiter Deutschlands zu nehmen. Der lehrerwähnte Punkt wurde nach kurzer Diskussion bis nach dem Gewerkschaftskongress vertagt. Sodann erhielt Genosse Rehner das Wort; derselbe plaidierte für Zentralorganisation. In der darauf folgenden sehr lebhaften Diskussion waren die Redner sehr verschiedener Meinung. Von jeder Seite wurden für die vertretene Ansicht die verschiedensten Gründe ins Feld geführt; doch erfuhr der Modus der Einberufung zum Halberstädter Gewerkschaftskongress allseitige Verurteilung, da den Lokalorganisationen die Theilnahme so gut wie nicht gestattet sei. Zu einer definitiven Beschlußfassung kam es nicht, da man erst das Resultat des Kongresses abwarten wollte.

Lithographen, Steindrucker und Verlagsgehilfen hielten am 1. d. M. eine schwach besuchte öffentliche Versammlung ab. Nach einem Vortrage des Herrn P. H. Schmitt über den Buchdruckerstreik und die Unterthügung der Ausgewerbeten, deren Zahl sich in Berlin noch auf ca. 1000 beläuft, erklärte die Versammlung sich bereit, die Unterthügung der Buchdrucker und Hilfsarbeiter nach wie vor fortzusetzen. Bisher sind für dieselben 2300 M. aufgebracht und an dieselben abgeliefert worden. Die seiner Zeit eingesetzte Kommission zur Unterthügung der streikenden

Buchdrucker wird die diesbezüglichen Sammlungen energisch weiter betreiben. Auch wurden den Gemäßigten der vorhandene Ueberschuß aus den Sammlungen gelegentlich des Streiks bei Destrach u. Hartmann in Höhe von 100 M., wie auch 200 M. aus dem Generalfonds der Steindrucker bewilligt. Namens der Buchdrucker stiftete Herr Ph. Schmitt den Dank ab, deren Zugehörigkeit zur allgemeinen Arbeiterchaft wiederholt versichernd. Die Abrechnung über den Streik bei Destrach u. Hartmann wird in kurzer Zeit erfolgen.

Im sozialdemokratischen Verein „Vorwärts“ zu Rixdorf fand am 2. Februar der erste Unterrichtabend statt. Genosse Dr. Lütgenau hielt einen einleitenden Vortrag über Arbeit und Wissenschaft, welcher von sämtlichen Anwesenden mit großem Interesse aufgenommen wurde und Anlaß zu einer regen Diskussion bot. Dr. Lütgenau stellte dann verschiedene Fragen an die Mitglieder, ebenso umgekehrt die Mitglieder an den Referenten, wodurch eine vortreffliche Klärung der Ansichten herbeigeführt wurde. Man war durchweg der Meinung, daß mit den Unterrichtsabenden der Verein einen sehr großen Schritt vorwärts gethan hat, was wir wohl als Beweis gelten darf, daß sich circa 15 Personen als Mitglieder aufnehmen ließen. Leider mußte Dr. Lütgenau erklären, daß er dringende Umstände halber die Unterrichtsabende erst Mitte März fortsetzen könne, weshalb die Vereinsabende bis dahin wie bisher ausgeführt werden müssen. Zum Schluß wurde ein Rixdorfer Restaurateur als Verleumder erklärt, weil er der Wahrheit zuwider in einer Versammlung der „Unabhängigen“ behauptet hatte, man habe ihm in der letzten Mitgliederversammlung Schläge angeboten. Bemerkt wurde hierbei, daß die „Unabhängigen“ gemäß ihrem Namen sich auch von der Wahrheit unabhängig halten.

Der Sanitätsverein für Arbeiter beiderlei Geschlechts (S. V. 85) hielt am 31. Januar seine diesjährige Generalversammlung ab. Der Vorsitzende erstattete zunächst den Bericht über die Thätigkeit des Vereins in diesem Jahre, worauf der Kassirer nachfolgendes Jahresbericht pro 1891 gab: Einnahme: Bestand am 20. Januar 1891 106,04 M., Beiträge und Beitrittsgelder 3408,57 M., Zinsen 48,59 M., Diverse 6,00 M., Summa 3569,20 M. Ausgabe: Arzthonorare 2655,65 M., Verwaltung 444,90 M., Referendons 332,59 M., Kassenbestand am 21. Januar 1892 186,24 M., Summa 3569,20 M. Der Referendons betrug am 20. Jan. 1891 1622,31 M., am 21. Jan. d. J. 1954,90 M., ärztliche Hilfe wurde geleistet im Jahre 1891 bei 17 Nachbesuchen, 1888 Hausbesuchen und 2801 Konsultationen. Da aus Obigem zu ersehen, daß der Verein allen Anforderungen gerecht wurde, wäre es zu wünschen, daß dem Verein durch regen Beitritt aus Arbeiterkreisen recht viel Zuwachs erliehe. Der Beitrag für erwachsene Personen beträgt monatlich 25 Pf., für Kinder unter zwei Jahren 20 Pf., für solche über zwei bis zum vollendeten fünfzehnten Jahre 10 Pf.; die Einschreibgebühr beträgt für die ganze Familie 1 M. Der Verein leitet 26 Wochen hintereinander freie ärztliche Hilfe. Aufnahme und Auskunft ertheilt gern der am 31. Januar 1892 gewählte Vorstand, bestehend aus den Herren P. Duntz, 1. Vorsitzender, Kahlbergstr. 6; G. Weise, 2. Vorsitzender, Tegelerstr. 27; H. Schmidt, 1. Kassirer, Mantelstr. 86; 2. Sander, 2. Kassirer, Schlegelstr. 28; P. Welzel, 1. Schriftführer, Gr. Frankfurterstr. 121; W. Haspel, 2. Schriftführer, Mantelstr. 89; sowie die Revisoren M. Schrinner, Brunnenstr. 127, Schaade, Naunynstr. 79 und Wegmann, Vorfigstr. 15.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. H. W. Diebner Verlag) ist soeben das 19. Heft des 10. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Verlehrte Welt. — Der Sozialismus in Deutschland. Von Friedrich Engels. — Oekonomische Taschenrechner. Eine Böhm-Bawerliade von J. H. (Schluß). — Alkoholgenuss und Trübsinn in Württemberg. — Notizen. — Feuilleton: Die Lessing-Legende. Eine Rettung von Franz Mehring. (Fortsetzung.)

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, J. H. W. Diebner Verlag) sind uns soeben die Nummern 1 und 2 des 2. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummern heben wir hervor: Der Buchdruckerstreik und die Frauen. — Die russischen Revolutionärinnen. — Vornehmer Wettbewerb. — Vortrag Bebel's über die soziale Stellung der Frau in der Gegenwart. — Madame Legros. — Arbeiterinnen-Bewegung. — Kleine Nachrichten. — Feuilleton: Weihnachten, Erzählung von Minna Kautsky (Fortsetzung). — Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1892 unter Nr. 2864a) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. — Inzeratenpreis die zweispaltige Petitzeile 20 Pf.

Die zehn Gebote und die besitzende Klasse von Adolph Hoffmann, Redakteur des Zeiger „Volksboten“. Zweite Auflage. 80 S. 8°. Preis 30 Pfennig. Der Umfang von 10 000 Exemplaren der ersten Auflage binnen wenigen Wochen hat am besten gezeigt, wie sehr die Schrift beim Publikum Anklang gefunden hat. Die Broschüre ist ein treues Spiegelbild der heutigen kapitalistischen Gesellschaft.

Die letzte Nummer der „Berliner Volks-Tribüne“ enthält folgende Artikel: Aus der Woche. — Religion ist Privatsache. — Uebervöllerung. — Federzeichnungen. — Deutscher Reichstag. — Von der Bewegung. — Gewerkschaftliches u. Gedicht. — Novelle. — Aus Madans' „Anarchisten“. — Finde ich meine Rechnung? — Sozialpolitisches aus der Schweiz. — Parlamentarismus. — Vom Schlachtfelde.

Briefkasten der Redaktion.

S. Gr., Präsidentenstr. 4. Es ist gestattet, mehreren Hilfsklassen anzugehören, doch kann man zusammen nicht mehr Krankengeld beziehen, als der Lohnausfall und die Kurkosten betragen. Darüber, welche Klasse am empfehlenswertheften sei, ertheilen wir grundsätzlich keine Auskunft.

G. R. Wenn der Chambregarnist eine Plüschdecke durch Unachtsamkeit beschädigt hat, so muß er Ihnen die Reparatur resp. Entschädigungskosten ersetzen. Dagegen ist er hinsichtlich des Kaffees in seinem Rechte und kann das für die 11 Tage im Voraus bezahlte juräckerlangen.

A. K., Neue Königstr. Der überlebende Ehemann kann die Eröffnung des Testaments seiner Ehefrau bei Gericht beantragen, ohne hierzu die sonstigen Erben zuziehen zu müssen. Wenn dieselben im Testamente bedacht sind, so erhalten Sie eine Ausfertigung desselben von Amts wegen.

Orts-Krankenkasse der Tischler und Piano-Forme-Arbeiter.

Die Mitglieder-Versammlungen zur Wahl von 192 Vertretern zu den Generalversammlungen pro 1892/93 finden in allen 4 Kassirerbezirken am Sonntag, den 14. Februar, Vormittags 10 Uhr, statt.

1. Für diejenigen Mitglieder, welche in dem Bezirk des Kassirers Stäps arbeiten oder ihre Beiträge an denselben zahlen, in „Süd-Ost“, Waldemarstr. 75. Wahl von 50 Vertretern.
2. Im Bezirk des Kassirers H. Schulze in „Königsbau“, Große Frankfurterstr. 117. Wahl von 54 Vertretern.
3. Im Bezirk des Kassirers J. Schulz in „Dabels Brauerei“, Bergmannstr. 5-7. Wahl von 42 Vertretern.
4. Im Bezirk des Kassirers Schreyer in „Eiskeller“, Chausseestr. 88. Wahl von 46 Vertretern.

In letzterem Bezirk wählen zugleich diejenigen freiwilligen Mitglieder mit, welche ihre Beiträge direkt im Kassenslokal zahlen. Wahlberechtigt und wählbar sind nur die großjährigen Kassensmitglieder. Das Quittungsbuch pro 1892 dient als Legitimation. Der Vorstand. 1299b

Stenographenschule.

Sonntag, Nachmittags 1/2 Uhr, im Restaur. Böhm, Naunynstr. 83, Neuer unentgeltlicher Lehrgang. Lehrmittel 1,50 Mark. Herren und Damen werden zu reger Theilnahme eingeladen. 1303b

Marken z. quittieren von Partei-Beiträgen

empfehlen allen Genossen die Quittungsmarken und Kautschuk-Stempelfabrik von Conrad Müller, Jähendih-Feipzig. Preisliste gratis und franko.

Martin Klein, Uhrmacher, 1478L

25 Neue Hochstr. 25 empfiehlt sein Lager aller Arten Wand- und Taschen-Uhren. Reparaturen zu soliden Preisen.

Hutfabrik von Emil Kunze, Brunnenstr. 87.

Güts nur mit Kontrollmarke Große Auswahl in Kravatten, Herren- und Anabenmützen zu den billigsten Preisen. 1928L

Der billige Schweinefleischverkauf

befindet sich Schwedterstraße 21. Allen Gönnern zur Nachricht, daß sich mein Fleischverkauf Marktstraße X, Stand 21, befindet. C. Pottin.

Fachverein der Tischler.

Sonnabend, den 20. Februar, findet in den Räumen von Sanssouci, Kottbusserstr. 4a, der diesjährige Wiener Maskenball

des Vereins statt. Büllets sind bei allen Vorstandsmitgliedern, sowie auf den Zahlstellen des Vereins zu haben. Der Vorstand. 824/18

Gr. Innungsgehilfen-Versammlung der Steinmetzen zu Berlin

am Sonntag, den 7. Februar 1892, Vormittags 10 Uhr, im Lokal „Königshot“, Bülowstrasse. Tages-Ordnung: 1. Die Verhandlungen mit der Meisterschaft, betreffs der Tarifffrage. 2. Verschiedenes. Kollegen, es gilt den ersten Ansturm auf den von uns seiner Zeit mit großen Opfern errungenen Lohnsatz abzuweisen; deshalb alle Mann zur Stelle. Der Gesellen-Ausschuß.

Leseklub „Dietzgen“.

Versammlung für Männer und Frauen am Sonntag, den 7. Februar, Nachmittags 4 1/2 Uhr, bei Anabel, Badstraße 58. 408/14 Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Kessler über: Der Volksschul-Gesentwurf. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Nach der Versammlung: Beisammensein mit Tanz.

Achtung! Rixdorf und Umgegend! Achtung!

Sonntag, den 7. Februar, Nachmittags 4 Uhr: Grosse öffentliche

Versammlung für Frauen u. Männer

im Saale des Herrn Wirsing, Ansebeckstraße 77. Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: Der neue Volksschul-Gesentwurf. Referent Herr Dr. Lütgenau. 2. Diskussion. — Diese Versammlung findet mit Einverständnis des Vertrauensmannes statt. Der Einberufer. Es wird gebeten, das nach der Versammlung daselbst stattfindende Tanzkränzchen recht zahlreich zu besuchen. 420/16

Öffentliche Versammlung für Männer und Frauen

am Sonntag, den 7. Februar, Nachmittags 5 1/2 Uhr im Restaurant Klein, Schönleinstrasse No. 6. Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Nach der Versammlung findet vom Leseklub „Vereinte Kraft“ ein gemütliches Beisammensein mit musikalischer Abendunterhaltung statt. Um zahlreichen Besuch bittet Der Einberufer. J. H. Klemrath. 438/7

Verein der Maschinisten und Heizer Berlins.

Sonntag, den 7. Februar, Nachmittags 5 Uhr, Neue Jakobstraße Nr. 24/25, Schultheiss-Brauerei. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Ingenieur Gutzeit über Fortschritte auf dem Gebiet der Kesselausrüstung mit Sicherheitsarmatur. 2. Fortsetzung der zurückgestellten Anträge. Der Vorstand. 1297b

Berlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt Berlin SW., Beuthstrasse No. 2.

Wir halten ständig auf Lager: Robert Seidel's sozialpädagogische Schriften: Der Arbeits-Unterricht eine pädagogische und soziale Nothwendigkeit, zugleich eine Kritik der gegen ihn erhobenen Einwände. VIII und 120 Seiten. Preis brosch. 2.- M.

Friedrich der Grosse „Der Heros der deutschen Volksbildung“ und die Volksschule. 116 Seiten. Preis brosch. 1,50 M.

Sozialpädagogische Streiflichter über Frankreich und Deutschland. Zugleich Bericht über den I. internationalen Lehrerkongress zu Havre 1895. 2. Auflage. 125 Seiten. Preis 2 M.

Der Achtstundentag vom Standpunkte der Sozialökonomie, der Hygiene, der Moral und Demokratie. Rede an der Feier des 1. Mai 1890 auf dem Tonhallenplatz in Zürich. 7. Auflage. 16 Seiten. Preis 10 Pf.

Die Lebensmittelzölle und die Sozialreform. Rede in der Protestversammlung in Zürich vom 27. Juli 1890. 5. Auflage. 16 Seiten. Preis 10 Pf.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt. Bestellungen von Auswärts bitten wir den Betrag (Porto extra) beizufügen.

Vielfach an mich herangetretenen Wünschen entsprechend, habe ich mich entschlossen, einen Lehrgang für doppelte Buchführung, sowie englische, französische u. italienische Unterrichtskurse einzurichten und bitte Genossen und Genossinnen, welche daran theilnehmen wünschen, ihre genauen Adressen baldigst bei Fritz Zubeil, Naunynstr. 88; Wilh. Gröndel, Dresdenerstr. 15; H. Gumpel, Barnimstr. 42, abzugeben. H. Lippmann.